

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
26 (1912)**

46 (24.2.1912)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-549004](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-549004)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Redaktion und Haupt-Expedition Petersstraße 20/22. Fernsprech-Anschluß Nr. 58, Amt Wilhelmshaven. — Filiale: Almenstraße 24, Fernsprecher 580.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis bei Vorauszahlung für einen Monat einschließlich Postgebühren 75 Pfg., bei Zeitabholung von der Expedition 65 Pfg., durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 Mk., für zwei Monate 1,50 Mk., monatlich 75 Pfg., einschließlich Postgebühren.

— Mit —
Inhaltsverzeichnis.

Bei den Inseraten wird die schlagpolierte Weltzeit oder deren Raum für die Inserenten in Württemberg-Bismarck und Umgebung, sowie der Filialen mit 15 Pfennig berechnet, für sonstige auswärtige Inserenten 20 Pfennig; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Größere Anzeigen werden tags vorher erbeten. — Platzbestimmungen unverbindlich. — Anzeigenzeitung 50 Pfg.

26. Jahrgang.

Hüftringen, Sonnabend den 24. Februar 1912.

Nr. 46.

Deutsch-englische Verständigung.

Ohne Zweifel war der Besuch des englischen Kriegsministers in Deutschland nicht ohne Erfolg. Die neuesten Ministerreden in England zeugen davon und auch die Nachricht des „Kof.-Kng.“, die wir gestern wiedergaben, scheint begründet zu sein. Uebereinstimmend mit diesen Auffassungen ist der Londoner Mitarbeiter unseres Zeitiger „Vorbereitendes der gleichen Ansicht. Er schreibt dieser Tage:

Unser Verhältnis zu Deutschland ist wesentlich besser geworden. Dazu dürften zwei Umstände beigetragen haben. Der eine ist die Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeiten mit der Eröffnung der neuen Session. Die englische Regierung, die seit Wochen viel und heftig angegriffen wurde, wollte offenbar nicht mit leeren Händen vor ihren Kritikern erscheinen, und da eine Umkehrung besserer Beziehungen zum Deutschen Reich schon früher im Prinzip beschlossen war, so lag der Gedanke nahe, den ersten und wichtigsten Schritt noch vor dem Zusammentreten des Parlaments zu tun. Ein anderer und sicherlich noch wichtiger Grund des raschen Vorgehens der englischen Regierung liegt auf einem anderen Gebiet. Alle Welt, in England nicht minder als in Deutschland, wurde überrascht von der jüngsten Rede des Marineministers Winston Churchill in Glasgow, in der der Grundgedanke der englischen Seeherrschaft in einer Weise betont wurde, die fast wie eine Herausforderung an Deutschland klang. Was mochte Churchill veranlaßt haben, nicht bloß die Aufrechterhaltung, sondern sogar die eventuelle Ausdehnung des Seeprogramms über alles bisherige Maß zu verhandeln? Und wie vertrat sich diese chauvinistische, an eine Wahrung für Deutschland grenzende Rede mit der offenbar auf Frieden angelegten Mission seines nächsten Kollegen, des Kriegsministers Lord Salisbury in Berlin? Sollte man hier eine Intrige zwischen zwei rivalisierenden Ministern vermuten, wie sie bei bürgerlichen Regierungen öfter vorkommt? Oder sollte die Halbenglische Mission nur eine Komödie sein? Nach einer Resart, die manches für sich hat, die aber selbstverständlich mit Vorbehalt aufzunehmen ist, wäre der Minister nicht durch Deutschlands Haltung, sondern durch innere englische Sorgen zu seiner Rede veranlaßt. Die letzten Schiffbaukosten nämlich, die Ueberdrehschicht der Non-Klasse, sollen sich als untaugliche Ungehener erwiesen haben, von denen man nicht einmal weiß, ob sie den ersten Schuß auszulösen werden. Man arbeitet jetzt Tag und Nacht an ihnen, aber man hegt große Befürchtungen, daß man sie schließlich doch zum alten Eisen werfen müsse. Das würde einen Verlust von etwa 100 Mill. Mark bedeuten und die Flotte auf den Stand des Jahres 1910-11 zurückbringen. Dem Volke aber wolle man davon natürlich nichts sagen, und so habe Herr Churchill aus der bitteren Not eine Tugend gemacht und die „patriotische“ Eventualität in Aussicht gestellt, die Zwei-Mächte-Stärke noch zu übertrumpfen. Mit anderen Worten, die englische Marineverwaltung beobachtete das Volk in grandioser Weise zu belustigen, um ihren Mißgriff zu verheimlichen. Da habe es gekostet, die deutsche Regierung, mit der man bessere Beziehungen anzuknüpfen beabsichtigt, im Voraus zu verärgern und über den wahren Sachverhalt anzuklaffen. Daher habe die Mission Salisbury nicht verstanden werden können, sie mußte schon jetzt, ehe der nächste Marineminister eingebracht wurde, vor sich gehen. Der Fehler Churchills habe nur darin bestanden, daß er nicht gewartet habe, bis sein Kollege zurückgekehrt war und die Frage über die Tauglichkeit der letzten Bauten definitiv entschieden worden sei. Das erlöste auch, warum Salisbury, sofort nach seiner Rückkehr, seinen indiscreten Kollegen angegriffen habe. Man dürfe vermuten, daß er ihn tüchtig den Kopf gewaschen habe. Es sei auch sicher, daß Churchill ohne Wissen und Genehmigung des Cabinetts gefahren sei.

Die Erklärungen im englischen Parlament und im Deutschen Reichstag haben inzwischen bewiesen, daß die ersten Schwierigkeiten für eine Verständigung zwischen den beiden Regierungen erfolgreich überwunden worden sind. Das dürfte man erwarten haben. Die Schwierigkeiten lag in der englischen Auffassung von den Tendenzen der deutschen auswärtigen Politik. War man einmal dazu gekommen, daß man die Möglichkeit einer Ausöhnung zwischen den Bestrebungen der beiden Länder erlangt, so war damit das wichtigste Hindernis für die Verständigung aus dem Wege geräumt. Die Zeit, da die herrschenden Klassen Deutschlands von einer Verharmlosung der englischen Seeherrschaft träumten, scheint vorbei zu sein. Der Verlauf der Dinge in den letzten Jahren mit ihren nimmer aufhörenden Kriegesgefahren, mit den stetig zunehmenden und das gesamte Finanzwesen untergrabenden Hüftringen, mit dem Vordringen Russlands nach Persien, mit der Verletzung der nordafrikanischen Küste durch Italien, mit der Verletzung der Zürich und vielen anderen Schlägen und Verletzungen der engli-

chen Interessen hat das englische Bürgertum belehrt, daß der englisch-deutsche Gegensatz ein Unheil sei, bei dem der Schaden die schlechterbegründete deutsche „Gefahr“ weit überwiegt. Will man den Zeitpunkt feststellen, wo diese Empfindung, die bis dahin auf einen kleinen Kreis bürgerlicher Radikaler beschränkt war, die Allgemeinheit erfaßt hat, so wird man den Tag nach der Schrecke Lord Georges im Mansionhouse nehmen müssen. Am 22. Juli 1911 war es, als das nichtwissende Volk zum erstenmal erfuhr, daß das Land von seinen Negativen an den Abgrund eines Krieges gebracht worden war, zwar nicht um seiner eigenen Interessen wegen, sondern um den französischen Finanzplanen gegen die deutschen in Warschau zu helfen. Der Eindruck dieser Entdeckung war so tief, daß er sich sogar auf die Regierung selbst übertrug. Schon im Verlauf derselben Woche begannen ihre Organe, die noch vor kurzen gegen Deutschland in einer Sprache geredet hatten, wie sie nur zur Vorbereitung eines Krieges gebraucht wird, eine mildere Sprache zu führen, worauf dann auch der Premierminister Asquith im Unterhause eine Erklärung abgab, die mehr wie eine Chamade klang. Im Verlauf der nächsten zwei Monate bekam man immer häufiger in den Blättern und aus dem Munde verschiedener Minister Friedensversicherungen zu hören, und dann erfolgten die Entwürfe in der Reichstagskommission, die die öffentliche Meinung in England gegen die Regierung noch mehr erregten. Man sah, in wachsender Furcht, daß der ganze Plan angezettelt worden war, und die Erwiderung Grews am 27. November brachte keine Entkränkung. Im Gegenteil, er gebrauchte das Wort, England könne nicht zulassen, daß irgendeine Macht — gemeint war Russland — in den Bereich der deutschen Diplomatie gezogen werde. Diese Drohung befeuchtete wie mit einem Blute die gesamte bisherige Politik des auswärtigen Amtes in England. Die allgemeine Empörung wurde verstärkt. Es ist ein offenes Geheimnis, daß Grew diese Worte auf eigene Faust in den vom Cabinet festgestellten Text seiner Rede eingefügt hatte, worauf dann eine spezielle Sitzung des Cabinetts abgehalten wurde, in der die Geister heftig aufeinanderprallten. Asquith und die Mehrheit seiner Kollegen gingen schief mit Grew ins Gericht, und Herr Churchill, Lord George und — ach! — auch Salisbury hatten den traurigen Mut, ihn zu verteidigen. Nichtsbeschwingener war die Wirkung dieses Zwischenfalls auf Grew nicht verloren. Gerade zur selben Zeit unternahm Russland seine entscheidenden Schritte in Persien, und Grew, um die öffentliche Meinung zu verwöhnen, die seinen Mißtritt zu fordern begann, schritt mit außerordentlicher Energie ein, Russland wurde von den Toren Teherans zurückgedrängt, und bis heute dauern noch die Verhandlungen, die darauf abzielen, einer Aufteilung Persiens vorzugehen, und wenn nicht seine vollständige Unabhängigkeit, so wenigstens seine Integrität und formelle Souveränität aufrechtzuerhalten. Grew mußte aber auch dem Wunsch seiner Kollegen wie des gesamten bürgerlichen Publikums, die konservativen Schäden nicht ausgenommen, auf eine Verständigung mit Deutschland Folge leisten. Der sozialdemokratische Sieg in Deutschland hat zu diesem Entschluß sehr viel beigetragen.

So ist es dazu gekommen, daß nach vielen Jahren voll schwerer und schwarzer Sturmwolken der Himmel wieder einigermaßen blau schimmert. Vorjocht mag auch jetzt noch an Flote sein, und sicher ist es, daß auch mit der Abwendung des Gegensatzes zwischen dem englischen und dem deutschen Imperialismus die Wälder die ungeheuren Kosten der Rüstungen und der Kriegesgefahren weiter zu tragen haben werden. Schon in diesem Augenblick — und dies mag auch zu der besseren Einsicht der Vögel in beiden Ländern beitragen haben — taucht aus Anlaß der italienischen Verletzung Triestitaliens die Gefahr eines neuen Gegensatzes in Mittelmeer auf, der die Wälder vielleicht wieder in einen Wirbel von Gefahren hineinziehen wird. Allein es genügt, wenn der Tag sein Nebel los, und es gilt auf beiden Seiten die Bemühungen nicht abzulassen, bis die Verständigung zwischen den beiden Ländern erreicht ist.

Politische Rundschau.

Hüftringen, 23. Februar.

Der Miß in der nationalliberalen Partei.

Der Konflikt in der nationalliberalen Partei, der durch die Präsidenten-Episode im Reichstage akut geworden ist, scheint sich eher zu vertiefen, als auszugleichen. Die norddeutschen nationalliberalen Blätter sind glückselig, daß die letzten Vorträge im Reichstage annehmend einen Weg bieten, auf dem die nationalliberale Partei schnell und ohne Fährlichkeiten wieder in das schwarzblaue Lager gelangen kann. Man hört förmlich, wie diesen tapferen nationalliberalen Geistesjungen ein Stein vom Herzen fällt, und wie

sie bereit ausstöhnen, nachdem Schiffer im Reichstage die Erklärung abgegeben, daß die Nationalliberalen mit der Sozialdemokratie nicht mehr verhandeln würden. Die „Nationalzeitung“ erinnert noch einmal an die parteiämliche Erklärung, wonach eine Parole, für Rebel zu stimmen, weder von der Fraktion, noch vom Fraktionsvorstand, noch von dem Vorsitzenden ausgehen würde. Die Fraktion habe ein „Großblattpräsidium“ ausdrücklich und wiederholt abgelehnt, und die nationalliberalen Abgeordneten hätten in der Entscheidung zwischen Rebel und Spahn weiße Stimmgelbte abgegeben. Daß die Parole nicht geschlossen durchgeführt wurde, sei sehr bedauerlich, aber die Rebel-Wähler hätten eben in der „Erregung des Augenblicks“ gehandelt. Jedenfalls stehe die bona fides der nationalliberalen Fraktion in der Frage der Präsidentenwahl fest. Nach diesem Bekenntnis der „Nationalzeitung“ verhielt das Volk:

„Die Neuwahl des Reichstagspräsidenten, die in der zweiten Märzwoche stattfindet, gibt den Nationalliberalen die erwünschte Gelegenheit, vor aller Welt zu zeigen, daß sie gewillt sind, eine durchaus konsequente Politik zu befolgen, die in keiner Weise von der mittleren Linie abweicht.“

Was unter der „mittleren Linie“ zu verstehen ist, das neigt aus den Eingangssätzen und aus der ausdrücklichen Bezugnahme auf die parteiämliche Erklärung hervor. Die süddeutschen nationalliberalen Blätter können sich darüber auch nicht im mindesten. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ vom 22. Februar sehen sich veranlaßt, einen energischen Appell an die Nationalliberalen zu richten, sich in der Präsidentenwahlfrage von den Schwarzblauen nicht einwickeln und sich auch durch die Protestumgebungen aus dem eigenen Reihen nicht lösen zu lassen, sondern sich einfach auf den Boden des Kritikers 29 der Verfassung zu stellen, wonach die Mitglieder des Reichstages Vertreter des gesamten Volkes und an Aufträge und Instruktionen nicht gebunden sind. Das Volk sagt weiter:

Die Wahl des Präsidiums sollte der Reichstag als eine rein geschäftsmäßige Frage behandeln; es sei für die Nationalliberalen kein Mißfall, sich wegen der Präsidentenfrage aus einer kaltsblütigen Wahrung ihrer politischen Position drängen zu lassen. Sie würden, um ein Wort Miquels zu gebrauchen, „die größten Esel“ sein, wenn sie sich von den Herkules und konfessions-agrarischen Antragern ihre Einigkeit auseinanderbringen ließen, die sie endlich nach langen Jahren erlangen haben. Eine volle Geschlossenheit könnten die Nationalliberalen nicht damit rechnen, im Falle einer Auflösung, auf die die Reaktion gewaltfam hindränge, mit Erfolg den neuen Wahlkampf zu führen. Darum wäre es ein unverzeihlicher Fehler, wenn sich die Nationalliberalen wegen der Vergeßlichkeit und Bemerkungen, die bei den Verhandlungen über die erstmalige Befragung des Präsidiums unterlaufen sind, aus ihrer für die Führung einer unabhängigen und selbstbewußten Politik geradezu muster-giltigen Schlachtlinie herausmanövrieren ließen. Zu noch mehr, heraus aus der Defensive müssen sie; und einmal dem Agrarierum und dem Reichskanzler die eigene Macht gezeigt. Die Vergriffenheit des Reichskanzlers und die ebenso dummen wie unverständlichen Treibereien der Rechten würden sehr schnell ein Ende haben, wenn ihnen deutlich klargemacht werde, daß die nationalliberale Fraktion auch einmal in einer entscheidenden Frage der Reichspolitik nein sagen könne, um eine ihres Amtes gemäße Regierung durchzusetzen und vor allem eine anständige Behandlung des Jahresbudgets immer politisch ausgenützten und gegen Imperialismus und Konservatismus auch jetzt wieder so schmählich zurückgesetzten nationalgeheimen Bürgertum zu erzwingen.

Deutsches Reich.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus. Die Debatte über den Justizetat wurde am Donnerstag fortgesetzt. Gen. Liebknecht zeichnet in einer längeren Rede die Aufgaben, welche eine vollständige Justiz zu lösen hätte und die hauptsächlich darin bestanden, das Verbrechen zu verhüten. Dazu wäre aber nötig, die Quellen des Verbrechens zu entdecken und zu verstopfen, also eine genaue Erforschung der Wohnungsnot, der Armut, des sozialen Elends in jeder Form. In Sachen der gründlichen Ausbildung der Richter sah Gen. Liebknecht vor, daß sie sich vor allen Dingen auch über die sozialen Fragen unterrichten müßten. Außerdem brachte Gen. Liebknecht eine Reihe kleinerer Beschwerden vor. Der Justizminister äußerte sich nur über diese kleineren Beschwerden und lehnte es ausdrücklich ab, auf die größeren Probleme einzugehen. Am Schluß der Debatte gab die der

Kölnen Justizrat Trimborn in amüsanter Weise die ungläubliche Faulenerei der juristischen Studenten, worüber er schon erschöpfende Notizen mitteilte.

Im Seniorenfest des Reichstages wurde Donnerstag die Angelegenheit der Freikonventionen abgemacht. Da die Freikonventionen keine Fraktion von 15 Mitgliedern sind, bleiben sie von Seniorenfest und von der Kommissionsvertretung ausgeschlossen.

Dann wurden die Vorsitzenden für die Fachkommissionen verteilt. Für die Gefährdungskommission stellt den ersten Vorsitzenden die sozialdemokratische Fraktion, den stellvertretenden die konservative; Budgetkommission: Zentrum erster Vorsitzender, Sozialdemokratie Stellvertreter; Petitionskommission: Nationalliberale erster Vorsitzender, Zentrum Stellvertreter; Rechnungskommission: Fortschrittler erster Vorsitzender, Nationalliberale Stellvertreter; Wohnvermittlungskommission: Konservative erster Vorsitzender, Fortschrittler Stellvertreter.

Suspendierung des Kartoffelgesetzes. Der Bundesrat hat einer Vorlage über den Zolltarif für Kartoffeln seine Zustimmung erteilt. Der Zoll von 2,50 Mk. pro Doppelzentner bleibt also nach wie vor bestehen, nur daß der Zoll für die bis zum 30. April eingeführten Kartoffeln nicht zur Erhebung gelangt.

Ein Reichs-Theatergesetz. Bekanntlich hat die sozialdemokratische Fraktion jetzt u. a. auch beantragt, die Regierung um Vorlage eines Reichs-Theatergesetzes zu ersuchen. Man erfährt nun, daß sich bei den zuständigen Reichsbehörden ein Entwurf für ein Reichs-Theatergesetz in Vorbereitung befindet, der allerdings noch nicht soweit gefördert sei, daß er noch in dieser Session dem Bundesrat und Reichstag zugehen könne. — Ein Reichs-Theatergesetz wird lange genug gefordert, jedoch die Regierung nicht erst den neuerlichen sozialdemokratischen Antrag hätte abwarten brauchen, um zu verkünden, daß sie jetzt endlich die Arbeit in Angriff genommen hat. Wenn in dem Tempo weiter gearbeitet werden soll, dann ist in zehn Jahren noch kein Reichs-Theatergesetz fertig.

Dem Verdienste keinen — Michel! Der bisherige Führer des Zentrums und jetzige bayerische Ministerpräsident Freiherr v. Hertling hat den Verdienstorden vom heiligen Michael I. Klasse bekommen. Auf welchem Gebiete diese Verdienste liegen, ist nicht bekannt.

Erzberger auf dem Scheidemannweg. Herr Mathias Erzberger, der sich in einem Interview dahin ausgesprochen, es sei vielleicht nicht klug, wenn der Kaiser die fortschrittlichen Präsidenten nicht empfangen, doch könne ihn niemand dazu zwingen, hat mit dieser Versicherung den Jörn der „Streuzettel“ herausgefordert. Sie nennt diese strittig der fälschlichen Handlungsweise „unangemessen“ und fährt dann fort:

Derartige Bemerkungen gehören sich nicht für einen Mann, der auf dem Boden monarchistischer Gesinnung steht, jedenfalls nicht in einem für die Öffentlichkeit bestimmten Interview.

Schließlich stellt das Zentrum bei der Präsidentenwahl nicht Herrn Erzberger als Gegenkandidaten gegen Scheidemann auf, denn es ist fraglich, ob er nach diesem Vorfall von den Konservativen noch als kleineres Uebel anerkannt würde. Klüßlich aber wirkt die ganz unbeabsichtigte Beleuchtung, die die monarchische Gesinnung der Junker durch diese eilige und unvorläufige Bemerkung erfährt. In der Öffentlichkeit soll so etwas nicht gesagt werden! Ist man unter sich, mag man auf Wilhelm II. schimpfen, wie man will. Aber dem Volk will man den Glauben an die Unfehlbarkeit des Kaisers von Gottesgnaden erhalten.

Das sind die Petroleure! In den Hoffnungen auf die Rückkehr des verlorenen nationalliberalen Sohnes in das Vaterhaus des schwarzblauen Blocks schreibt die „Deutsche Tageszeitung“ pessimistisch: „Diese Prophezen vergehen, daß in der „nationalliberalen Fraktion demokratische Petroleure sitzen, an der Spitze der Abg. Kassermann.“ Die Agrarier müssen schon stark verächnelt sein, wenn sie die Volkswirtschafts Komode für Petroleum halten — ihr Gebirgsorgan ist nur noch auf dieses eine nützliche Brenn- und Beleuchtungsmittel eingestellt. „Sie Petroleum, da Petroleum! Rings Petroleum um und um!“

Vom guten Ton im schwarzen Lager! Die „Petrusblätter“, das Organ der schwarzen Untertugenden in Triest, knüpft sich in ihrer letzten Nummer wieder mal die „Möln. Volkszeitung“ vor, weil diese in robuster Weise gegen die dem Vatikan nachsehende „Unita Cattolica“ in Florenz losging. Da las man: „Das freche Florenzener Blatt; schamlose Verleumdung; freche Verleumdungen; böswillige Unmoralität; gewissenlose unverdächtige Polemik; Florenzener Verleumdungsblatt usw.“ Diesen Schimpfereien stellen die „Petrusblätter“ die Tatsache gegenüber, daß das Birkens der „Unita Cattolica“ im ganzen die Anerkennung des Papstes gefunden habe, daß noch bis in die letzten Tage der Papst, Kardinal und Bischöfe der Leitung der Unita ihren vollen Beifall in aller Öffentlichkeit ausgesprochen hätten. Also, sagen die „Petrusblätter“:

„Auf der einen Seite der heilige Vater Pius X., eine glänzende Reihe von Bischöfen und Kardinalen für die Unita, auf der anderen Seite der schimpfkräftige Leitartikel der „Mölnischen Volkszeitung“ gegen sie.“

In dem Veruch der „Mölnischen Volkszeitung“, den Stinzenbrief des Kardinals für sich auszuschnitten, sagen die „Petrusblätter“, daß dazu gar keine Veranlassung vorliege. Allerdings habe der Kardinal Recht, wenn er den Vorwurf zurückweist, daß das katholische Volk in seiner Mehrheit nicht mehr treu zum Papste stehe, und drohend sagt das Blatt hinzu:

„In wahrlich, der heilige Vater braucht, wenn es not tut, nur seine Stimme zu erheben und das treue katholische Volk wird zu ihm stehen, wie es zu Papst und Kirche im Kulturkampf stand, ohne auf „alkatholische“, „deutsch-katholische“, modernistische oder modernisierende Mißleitler zu hören.“

Das dürfte stimmen, in dem Augenblick, wo der Papst

es leid ist, die politische Rechnungsträger der deutschen Zentrums über die Interessen der römischen Kirche zu stellen, hat die Mölnen Richtung ausgelebt.

Ämtliche Nachprüfung der Stimmabgabe von Postämtern bei Stadterordenverhältnissen. In Halle a. S., wo die Bürgerlichen bei den Stadterordenverhältnissen die Beamten mit allen Mitteln des Terrorismus zur Linie trieben, um weitere Siege unserer Genossen zu verhindern, ist jetzt nach den Wahlen von Bürgervereinen eine ausführliche statistische Feststellung darüber angefertigt worden, ob und wie die Beamten genötigt haben. In einer Veröffentlichung hierüber wird gesagt, daß 15 Reichs- und Staatsbeamte, darunter sechs aktive, öffentlich ihre Stimme für den Sozialdemokraten abgegeben haben. Diese Denunziation ist von der Postdirektion in Halle sofort richtig verstanden worden. Die bürgerlichen Blätter bringen jetzt eine charakteristische ämtliche Erklärung, in der es heißt: „Die inzwischen von der Postbehörde in Bezug auf die aktiven Beamten vorgenommenen Befragungen haben ergeben, daß die erwähnte Behauptung, soweit Angehörige der Reichspost- und Telegraphenverwaltung in Frage kommen, sich auf irrtümliche Aufzeichnungen stützt und unrichtig ist.“ — Mit dieser Schnüffelarbeit wird sich der Reichstag zu befassen haben.

Mehr Kanonen! Obwohl über den Umfang der neuen Beeresvorlage seitens der beteiligten Faktoren strenges Stillschweigen beobachtet wird, weiß ein angeblich militärischer Mitarbeiter der berüchtigten „Post“ mitzuteilen, daß eine erhebliche Vermehrung der Feldartillerie beabsichtigt sei. Zum Beweise für die Notwendigkeit dieser Vermehrung stellt dieser „militärische“ Mitarbeiter die deutsche Feldartillerie geradezu als total veraltet hin. Als einen Beweis für diese Veraltetheit führt er an, daß keines der preussischen Feldartillerieregimenter einen auswärtigen Obersten zum ersten Chef habe! Der „militärische“ Mitarbeiter der „Post“ scheint im Standant Agent einer Kanonenfirma zu sein, für den eine fette Provision abfällt, wenn die Lieferungen recht umfangreich ausfallen.

Feimattos. Welch ungeheuerliche Zustände in Schleswig-Holstein nach bestehen, davon legt eine Eingabe Zeugnis ab, die lobend dem Reichstage zugegangen ist. Die Petenten fordern eine durch das Reich vorzunehmende Untersuchung der nordschleswighischen Feimattfrage. Sie begründen dies wie folgt:

„Es wohnt in der Stadt Apenrade eine erhebliche Zahl sogenannter Feimattos, welche weder im Deutschen Reich noch anderswo Staatsangehörigkeit besitzen. In der überwiegenden Anzahl sind es Kinder früher eingewanderner dänischer Untertanen. Sie sind hier geboren und aufgewachsen, ihre älteren Brüder sind bei Eintritt in das militärfähige Alter in den preussischen Staatsverband aufgenommen worden, ihre Schwestern mit preussischen Staatsangehörigen verheiratet. Seit einiger Zeit ist jedoch die Aufnahme solcher Personen bildlich sistiert worden, welche eine große Verunrabigung der betreffenden Kreise zur Folge gehabt. Zudem wird ihnen in neuerer Zeit die Niederlassungserlaubnis verweigert, wenn sie heiraten, jedoch sie vor die Wahl gestellt sind, entweder nicht zu heiraten, oder ihre taktische, wenn auch rechtlich zweifelhafte Heimat zu verlassen. In der Folgezeit sind mehrere Feimattos, die die Heirat nicht aufschieben konnten oder wollten, nach Verlauf einer nicht bemuteten Frist zur Auswanderung angewiesen worden und wegen Nichtbefolgung der betr. Polizeiverfügungen in Polizeistrafen genommen, die im Wiederholungsfall sich steigerten.“

Umfand.

Protest der finnländischen Sozialdemokratie gegen das Justizverbrechen. Der Parteirat der finnländischen Sozialdemokratie, bestehend aus dem Vorstande der Partei, je einem Vertrauensmann aus den 15 Wahlkreisen, vier Vertrauensmännern der nicht finnischen Parteigenossen, den Vertretern der Landtagsfraktion, des Gewerkschaftsverbandes, der Parteiredaktionen, der Frauen usw., insgesamt eine Körperschaft von circa 60 Personen, hielt dieser Tage eine Sitzung ab, die u. a. auch in der Angelegenheit der ungeschuldigen verurteilten sozialdemokratischen Dumafraction Stellung nahm. Der Part. rat beschloß, einen öffentlichen Protest gegen das Verbrechen der russischen Regierung zu erlassen und zu erklären, die finnische Partei schließe sich den Forderungen der sozialdemokratischen Dumafraction an und fordere im Verein mit der Sozialdemokratie aller Länder das Wiederannahmeverfahren in diesem Prozesse. Die finnische Partei halte es für selbstverständlich, daß die gesamte Internationale ihre gemitliche Stimme zur Befreiung der Vertreter des russischen Proletariats erhebe.

Italien.

Gegen den Krieg. Unsere Genossen protestieren gegen die auf Krieg und Raub ausgehende Politik Giolittis. Aus Mailand wird gemeldet: In großer Saale des hiesigen Volkshauses fand eine von etwa 6000 Personen besuchte Volksversammlung statt, bei der 10 sozialistische Redner den Ministerpräsidenten Giolitti und seine Kriegspolitik aufs schärfste angriffen. Schließlich wurde eine Tagesordnung angenommen, die den sozialistischen Abgeordneten auferlegt, gegen das Ministerium in Opposition zu treten, neue Kriegskredite zurückzuweisen und die bisherigen Kriegsausgaben durch Steuern hereinzubringen, die nur die arbeitenden Klassen treffen. Nach Schluß der Versammlung kam es vor der Redaktion der sozialistischen Tageszeitung „Avanti“ zu einer lebhaften Aushandlung gegen den Krieg. Dieses Blatt meldete gestern, daß zwei Bonierkompanien nach Tripolis abgegangen sind. Im Hafen von Otranto stehen 40 Lastautomobile bereit, die in den nächsten Tagen nach dem Kriegsschauplatz befördert werden sollen.

Amerika.

Kapitalkonzentration. Mit welchen Riesenschritten sich in Amerika das mobile Kapital konzentriert, illustriert die Tatsache, daß jetzt wieder zwei Geldinstitute der Trust Company gemeldet werden. Der Bankerstruß, der im Jahre

1903 gegründet wurde, ist seit der im Vorjahre erfolgten Aufnahme des Mercantiletrust den Depositen nach das zweitbedeutendste Institut des Landes und wird nur übertroffen von der Nationalbank. Die Depositen der neuen Kombination betragen 200 Millionen. Wie das „Berliner Tageblatt“ dazu erfährt, sind dies Konzentrationen imVorgang, traut damit nicht als abgeschlossen zu betrachten, da in nächster Zeit auch die Guaranty Trust Company der neuen Kombination angegliedert werden soll. Diese wurde im Jahre 1906 aus dem Bankhaus Harriman von Morgan aufgekauft und nahm kurz darauf den Vorposten sowie den Fiskalbankentrust auf, womit ihre Depositen auf 150 Millionen Dollar stiegen. Der Bankerstruß wird sein Kapital von 5 auf 10 Millionen Dollar erhöhen. Der angehende Kurs der Aktien des Bankerstruß beträgt 750 Prozent. Der Kurs der Aktien des Monbathtrust 375 Pro. Die nunmehr unter der Kontrolle Morgans stehenden Banken und Trustkombinationen verfügen insgesamt über 1214 Millionen Dollar Ressourcen bei 88 Millionen Kapital und 931 Millionen Depositen. Gegen diese beispiellose Geldmacht, der eine weltfürliche Beherrschung sowohl des Geldmarktes als auch einer großen Reihe von Industrieunternehmungen vorgeworfen wird, ist eine jetzt vor dem Kongressauschuß anhängige Untersuchung gerichtet, die voraussichtlich ebenso wenig wie frühere Versuche irgend ein greifbares Resultat ergeben wird. Vollstrecker leben in der neuesten Amalgamierung eines Beweises dafür, daß die Regierung angeleitet der Wahlkampagne weitere Drangsalierungen aufgegeben hat.

Der Aufruhr in Mexiko. Nach amtlichen Meldungen breitet sich die Anarchie in Mexiko immer mehr aus. Mehrere Städte sind in den Händen der Aufständischen. Die Völker von Mexiko gegen die Plünderungen werden immer zahlreicher.

Bei Chalapa, an der Südgrenze von Mexiko, hat ein Schorniegel stattgefunden, in dem die Aufständischen sieben- unddreißig Tote verloren. Sechs Aufständische wurden gefangen genommen. Die Randalmitie hatte elf Tote und neun Verwundete. Die Aufständischen zogen sich nach dem Gescheh in den Staat Guerrero zurück, von wo sie gekommen waren.

Kleine politische Nachrichten. Die nationalliberale Reichstagsfraktion hat auf Verlangen des bekannten Reichstags-Schiller den Abg. Feder (Hessen) in die Fraktion aufgenommen. Lange wird die Herdlichkeit nicht dauern, denn der Reichsvoerbändler Feder ist nur mit zwei Stimmen Mehrheit gewählt, gegen seine Wahl liegt ein wohlbegründeter Protest vor. — Der Reichsfinanzler richtete an den Reichspräsidenten Wahlen des Bundesrats, Groten Herdlich eine Depesche, in der er ersucht, die Politik des Groten mit allen Kräften zu unterstützen. — Der Staatssekretär des Reichsamts des Innern Dr. Delbück erklärte gestern im Reichstage, daß der Bundesrat heute die Wahlhebung des Kartoffelgesetzes bis zum 30. April beschließen würde. — Im englischen Unterhaus gab die Regierung bekannt, daß sie die Politik habe, die im vorigen Jahre von dem Hause abgelehnte Beihilge während dieser Session wieder einzuführen. — Zwei wegen Teilnahme an monarchischen Intrigen auf dem Post Alto da Duque gefangen gehaltenen portugiesische Beschwoerer sind mit Hilfe eines zumunehmenden Selbes entwichen. — Die türkische Polizei hat in den letzten Tagen 150 verdächtige Personen aus Konstantinopel ausgewiesen. — Der Kongreß der französischen Sozialisten in Lyon ist Donnerstag geschlossen worden. Der Beschluß des Kongresses nahm einstimmig eine Resolution an, die eine Annäherung zwischen der Partei der Vereinigten Sozialisten und den Syndikaten als unerlässlich bezeichnet. Wir kommen noch darauf zurück.

lokales.

Nürtingen, 23. Februar.

Eine staatliche höhere Lehranstalt in Nürtingen.

Der Verwaltungsausschuß beschäftigte sich jetzt mit der Petition des Stadtmagistrats Nürtingen, in der um die Errichtung einer staatlichen höheren Lehranstalt in unserer Stadt nachgesucht wird.

Der Minister für Kirchen und Schulen, welcher den Verhandlungen ebenfalls beizuwohnte, erklärte, die Regierung erkenne an, daß in Nürtingen abnorme Verhältnisse beständen und daß es sich bei dieser Frage in der Hauptsache nur um Kinder von Reichsbeamten und Militärpersonen handle, die an die Gemeinde Steuern nicht zahlen. Daß demnach die Errichtung einer höheren Lehranstalt durch den Staat gerechtfertigt erscheine. Es werde dabei aber angenommen, daß die Stadt Nürtingen selbst einen angemessenen Zuschuß leisten. Ganz ausgeschlossen sei es, vom Reiche einen Zuschuß zu erlangen, da dieses gesetzlich nur Zuschüsse zu Volksschulen gebe. Die anfängliche Annahme, es würde eine städtische Realschule genügen, sei nicht haltbar. Die drei Oberklassen der höheren Schulen in Wilhelmshafen haben jetzt bereits 49 Schüler und zwar das Gymnasium 9, die Oberrealschule 40. Was die Art der Anstalt anbelange, so wolle die Regierung an die Errichtung eines Realelementarunterrichts nach Hanfurter System mit gemeinsamen Unterricht der Kinder in den Klassen Sexta, Quinta, Quarta, was es heute in verschiedenen Städten Deutschlands bestände, und wie es auch von dem Belenten gewünscht werde. Die Errichtung werde deshalb dem Landtage eine Vorlage zugehen lassen, in Nürtingen eine 9klassige staatliche Lehranstalt zu errichten. Die Kosten werden sich auf ca. 90 000 Mark belaufen.

Die Mehrheit des Ausschusses erkannte die Wünsche der Belenten an und stellt unter Bezugnahme auf die Erklärung des Ministers den Antrag: „Der Landtag wolle die Petition des Stadtmagistrats Nürtingen für erledigt erklären.“

Der Landtag beschloß gestern u. a. die Errichtung eines staatlichen Elementars in Nürtingen, und kommt damit den hiesigen Wünschen entgegen, denen sich nunmehr die Regierung ebenfalls anschließen wird.

Theater im Odeon. Am Sonabend den 24. Februar abends 8 1/2 Uhr, gelangt die reizende Operette „Die Dollarprinzessin“ zur Aufführung. Leo Fall's Musik und das reizende Libretto verdienen dieser Operette immer wieder die wärmste Aufnahme. Die Hauptpartien liegen in Händen der Damen Reiter, Porphid, Neumann, Schnitzler, Grotz,

der Herren Heidenreich, Jarocki und Stoffregen. Ein Besuch dieser Vorstellung ist sehr zu empfehlen. Nichts ist im „Odon“ und in der Expedition des Nordb. Wochensbl. zu haben.

Wilhelmshaven, 23. Februar.

Epion Claus gekündigt! Der noch nicht ausgelieferte frühere Schuhmann Claus richtete aus London an das „Genere Wochensblatt“ ein längeres Schreiben mit dem Eingeständnis seiner Unfähigkeit und der Versicherung der Unschuld seiner in Jena verhafteten Brüder.

Das Kriegsgericht verurteilte heute vormittag den Kapitänleutnant A. wegen Angehörigens in zwei Fällen zu 8 Tagen Stubenarrest. Die Öffentlichkeit war während der ganzen Dauer der Verhandlung ausgeschlossen.

Provinzial-Weißkurse für Tischler, Schlosser, Schneider, Maler und Schuhmacher finden in Hannover statt. Es werden Weißkurse und Leisurkurse abgehalten. Die Kurse bieten den in der Provinz und Stadt Hannover anstehenden Sommerferien Gelegenheit, ihre theoretischen und praktischen Kenntnisse zu erweitern und die für sie in Frage kommenden Maschinen, Werkzeuge, Aushilfsstoffe usw. kennen zu lernen. Ein Weißkurs dauert 8 Wochen. Der Lehrplan sieht Fach-, Wert-, Muster-, technisches und kunstgewerbliches Zeichnen, Materialien-, Werkzeug- und Maschinenkunde, Gelehrtenkunde, Kalkulation, Anatomie, schriftliche und belebende Erfahrungen vor. Zu den Weißkursen werden Meister und selbstständige Handwerker in erster Linie zugelassen, alsdann Gehilfen, die sich in Kürze selbstständig machen wollen. An den Leisurkursen sollen nur selbstständige Meister teilnehmen. Die Aufnahmegebühr beträgt für die Weißkurse 30 Mark, für die Leisurkurse 5 Mark. Beihilfen werden auf Verlangen der Handwerkskammern gewährt. Materialien und Werkzeuge werden kostenlos geliefert. Der Unterricht findet täglich von 8-12 Uhr und 2-6 Uhr, außer Sonntags statt. Meldungen und Zulassung sind an den Leiter der Kurse, Direktor Prof. Jeyerabend, Hannover, Neuer Weg 3A, zu richten. Anmeldeformular und Prospekte der Weißkurse werden von dem Leiter der Kurse sowie von den Handwerkskammern abgegeben. Der Meldung beizufügen ist ein amtliches Führungszeugnis.

Der Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde hielt am Mittwoch im Westpfeifehaus seine Monatsversammlung ab. Hilfskassendirektor Siebert sprach über „Die Bewegungsbilder bei angeborener Geisteschwäche“. Im geschäftlichen Teil wurde beschlossen, das Licht-Lustbad am 1. März zu eröffnen. Abodelarten sind beim 1. Vorhänge des Cassens, Hollmannstr. 19, sowie bei Herrn Baron, Bremer Straße 24, zu haben. Die Preise derselben wurden folgendermaßen festgelegt: für Mitglieder die Einzel- oder Familienkarte 1.50 Mk., für Nichtmitglieder die Einzelkarte 3 Mk., die Familienkarte 4 Mk., die Monatskarte (nur Einzelkarte) 1 Mk., die Tageskarte für Erwachsene 20 Pf., Kinder 10 Pf. Bei der Auslosung von 10 Antikennen des Babes wurden folgende Nummern gezogen: 4, 72, 120, 173, 300, 308, 334, 396, 399, 407. Ferner machte der Vorsitzende bekannt, daß mit dem Jahresthema Herrn Siegel ein Abkommen über eine Preisermäßigung für die Mitglieder des Vereins getroffen wurde.

Der Kraftsportverein „Siegfried“ verfügt jetzt über eine Anzahl tüchtiger Mitglieder. Bei der letzten Leistungsprobe hatten einige Mitglieder beachtenswerte Leistungen erzielt. Die Sportgenossen Stiefhals und Weichflüg konnten je 210 Pfund zur Hochstrecke bringen, während es der Sportscholle Wintur auf 185 Pfund brachte. Herr Weichflüg ist erst 18 Jahre alt und die Leistung ist daher ganz vorzüglich. Im einarmigen Weichen wurden von den Mitgliedern Stiefhals und Wintur 131 bzw. 120 Pfund bewältigt; auch vermochte ersterer 100 Pfund einarmig zu heben. Ueber eine ganz tolle Kraft verfügt der neu eingetretene Sportscholle Donner. Derselbe konnte gleich beim ersten Abend 175 Pfund ohne jegliche Hebung zweiarig drücken. Außerdem besitzt der Verein eine Anzahl tüchtiger Ringer. Sportscholle Feldnerowski verfügt über eine große Technik und Ausdauer. Er ist bereit, gegen jeden Ringer in seiner Klasse anzutreten. Er erklärt daher eine Preisforderung zum Ringkampf an alle Amateure Norddeutschlands bis zu seinem Körpergewicht von

135 Pfund. Auch die Herren Weichflüg, Rupp, Stürmer, Müller u. a. vertreten ihre Klassen mit Erfolg. Der Verein beabsichtigt in 3 bis 4 Wochen einen öffentlichen Leistungsabend zu veranstalten. Es können sich auch Mitglieder anderer Vereine an demselben beteiligen. Näheres wird noch bekanntgegeben.

Aus dem Lande.

Jever, 23. Februar.

In der letzten Stadtratssitzung wurde zuerst in gemeinschaftlicher geheimer Sitzung des Magistrats und Stadtrats als Armenhelfer der Eheleute W. Weinberg gewählt. — Darauf wurde in öffentlicher Sitzung über drei Gesuche städtischer Beamter betreffs pensionberechtigter Anstellung und Gehaltsverhöhung beraten. Es wurden hierüber lange Debatten geführt und die Ansicht hervorgehoben, ein Gehaltsregulativ auszuarbeiten und die Gehaltsfragen ein für allemal zu regeln. Dann möge man aber nicht einzelne herausgreifen, sondern alle mit dem Charakter eines Zivilstaatsdieners angestellten städtischen Beamten berücksichtigen. Auch für die städtischen Arbeiter, die ihre Kräfte für die Stadt dabinzugeben haben, eine Unterstützungskasse zu gründen als Zuschuß zur Alters- oder Invalidenrente, wäre berechtigt. Darauf wurden die Gesuche der betreffenden Beamten in namentlicher Abstimmung abgelehnt. — Dann wurde das Gesuch eines Bürgers um Anschluß an das Pflanzersche Wasserwerk unter den bekannten Bedingungen genehmigt. — Darauf wurden die Rechnungen der Elektrizitätswerks-, Stadt-, Armen- und Schulkasse pro Mai 1910-11 nach Erledigung der Monats-, wie vorgelegt, festgesetzt. — Das Elektrizitätswerk hat darnach eine Einnahme von 75 595,93 Mk. und eine Ausgabe von 69 911,04 Mk., mithin einen Ueberschuß von 11 684,87 Mk. erzielt. Hieron sollen laut Kommissionsantrag 10 000 Mk. in der Kasse behalten werden zur Abhilfe der üblen Wasserzustände für die Zentrale.

Barel, 23. Februar.

Eine rätselhafte Tat. In einer hiesigen Wirtschaft entstand zwischen zwei Gästen ein Streit, in dessen Verlauf der eine seinem Gegner einen Schlag mit dem Bierglas ins Gesicht versetzte. Der Schlag war von furchtbarer Wirkung. Dem Betroffenen wurde ein Auge ausge schlagen, außerdem erlitt er schwere Schnittwunden im Gesicht.

Kleine Mitteilungen aus dem Lande. Der in Hamburg geführte mutmaßliche Strohdiebstahl-Vorfall ist in Oldenburg bereits verschiedenen Verhören unterzogen worden und soll sich dabei in arge Widersprüche verwickelt haben, sodas an seiner Schuld kaum noch zu zweifeln ist. — Das Ehepaar Müller, das im Saal in Au zu Hause und einem Unglücksfall zum Opfer gefallen zu sein scheint, hat sich, wie von verschiedenen Seiten übereinstimmend gemeldet wird, vorläufig errettet. Er soll sich in seiner früheren Stellung in Magdeburg und auch hier Unterhaltungen zu schulden kommen lassen haben. — In eine lebensgefährliche Situation geriet auf dem Bahnhof in Noerdeich eine etwas gelähmte Frau, die aus dem Bus bereits in Bewegung gestiegenen Juge hinter sich und wohl hinter die Räder gekommen wäre, hätte nicht ein beherzter Mann sie hinweggerissen.

Aus aller Welt.

Das Gasthaus der „Rindenvirtin“ verkauft. Das durch Rudolf Baumhofs bekanntes Lied „Die Rindenvirtin“ (Keinen Tropfen in Weide mehr) weiteren Kreisen bekannt gemachte Rindenvirtin „zur Rinde“ wird nunmehr in andere Hände übergehen und einem Neuban weichen. Den wenigsten dürfte bekannt sein, das das so oft besungene Gasthaus „zur Rinde“ und seine Rindenvirtin existiert hat und noch existiert. In dem herrlich am Rheine gelegenen Godesberg an Fühen der Ruine der Godesburg, liegt das Gasthaus zum Godesberg, dessen noch lebende Inhaberin, Fräulein Aennchen Schumacher, das Urbild der Rindenvirtin ist. Die Rinde selbst sucht man heute vergebens; sie ist bereits eingegangen. Nun soll das Gasthaus in andere Hände übergeben; es ist für 120 000 Mark verkauft worden.

Hochbahnunglück in Newyork. In der Stunde des stärksten Mittagverkehrs ereignete sich vorgestern auf der Newyorker Hochbahn ein schwerer Unfall. Wie ein Kabe-

lgramm meldet, stießen dort infolge falscher Weichenstellung zwei Hochbahnzüge zusammen. Beide Züge gerieten in Brand, und es entstand eine furchtbare Panik. Vierzig Personen wurden beim Verlassen der Wagen mehr oder minder schwer verletzt.

Kleine Tageschronik. Das Leipziger Stadtverordnetenkollegium beschloß in seiner Sitzung am Donnerstag die Einführung der städtischen Wertsteuer. — In Gärten bei Dessau wurde plötzlich auf die Gerichte von Verantwortungen eine Revolution der Stadtkasse vorgenommen. Die Kasse wurde in Ordnung befunden. — Der Stadtkammerer hat sich aus verletztem Eigensinn erköpft. — In Monte Carlo ist eine Station für Fernphotographie nach dem System des Professors Korn eingerichtet worden, mit der ein regelmäßiger Betrieb zwischen Paris und der französischen Riviera vorbereitet wird. Im Anschluß daran wird der Verkauf gemocht werden, zwischen Berlin und Monte Carlo auf dem Wege über Paris telegraphische Bildübertragungen auszuführen. — Die Kaufmannschaft Weber, die am Donnerstag nachmittag bei Zepte in Berlin beendet wurde, hatte einen Gesamterlös von rund 4 1/2 Millionen Mark. Wir haben bereits vor einigen Tagen mitgeteilt, wie ein bestimmtes Bild für eine fabelhaft hohe Summe versteigert wurde. — Auf dem neuen Salsenbaugebäude in Seltigoland brannte nachts ein Feuer aus, bei dem in Wertes von 6000 Mk. nieder. In Die hatte man infolge des unbedinglichen Rebels nichts davon gemerkt. — Ueberfahren und getötet wurde vorgestern abend von dem letzten Zuge der Altona-Altensteiner Bahn auf der Strecke zwischen Schmilten und Gießhöft ein 13-jähriger Knabe aus Schmilten. — Dienstag nachmittag wurde in Gießhöft die Frau des Bürgermeisters Reinhard ermordet. Der Täter ist ein früherer Schuhmacher Martin Weidner, der die Frau in ihrer Wohnung überfallen und ihre mehrere Dolchstiche versetzte. Da die Schläger zerhackt war, starb die Frau an Verblutung. Der Mörder wurde ergriffen. — In Catania (Sizilien) ist eine heftige Epidemie ausgebrochen. Bis jetzt sind 350 Personen erkrankt und 110 gestorben. — Die Stadt Gouillon in Lissieux brennt. Die Flammen haben eine mehrere Kilometer lange Heide flüster tiefe Strecke weggekehrt. — Im Hofactumel in Massachusetts ist ein Verbrechen und ein Güterzug zusammen. Vier Personen wurden getötet. — In Petersburg erschloß sich die Frau des Ingenieurs Schuberth, eine Tochter des früheren Ministers Gutschow. Der Selbstmord hatte eine romantische Ursache.

Neueste Nachrichten.

Hamburg, 23. Februar. Ein Taucher, welcher an einem bei Brunsbüttel liegenden Schiff die Abdichtungsarbeiten unter Wasser beschäftigt war, erkrankte dadurch, daß der Luftschlauch durch eine Leine am Ponton eingeklemmt war.

Gien a. R., 23. Februar. Auf der Boche Drosbach erprobte ein Leererfessel bei der Reparatur. Ein Konteur wurde getötet und zwei Arbeiter schwer verletzt.

Budapest, 23. Februar. Eine Jirtswandergesellschaft wollte die Donau überqueren, wobei das Holzzeug umkippte und der ganze Troß ins Wasser stürzte. Es entstand ein gefährliches Ringen zwischen den Menschen und den mitgeführten wilden Tieren. Nur einem kleinen Teil der Artisten gelang es, das rettende Ufer zu erreichen.

Newyork, 23. Februar. Der furchtbare Sturm, der seit einigen Tagen im östlichen Teil der Vereinigten Staaten wütet, verurlochte eine Ueberflutung der Straßen in der Nähe des Hofens.

Chikago, 23. Februar. Hier wütete ein schwerer Schneesturm, welcher alle seine Vorgänger seit zwölf Jahren übertrifft.

Arbeiter und Handwerker aller Berufe.

Beachtet bei Eurer Arbeit im Interesse Eurer Gesundheit und Eurer Familie die Arbeitergesundheitsbestimmungen aufs genaueste und dringt auf deren Umgestaltung. Das ist nicht nur Euer Recht, sondern auch Eurer Pflicht!

Arbeiter, agitiert für Eure Zeitung!

Verantwortliche Redakteure: Für Politik, Reuillon und den übrigen Teil: Josef Riedel; für Lokales: Oskar Düntsch. Verlag von Paul Hug, Rotationsdruck von Paul Hug & Co. in Mühlringen.

Hierzu zwei Beilagen.

Bei Einkäufen für Konfirmanden das

Spezialgeschäft von M. Jacobs, Wilhelmsh. Strasse 57

in erster Linie zu berücksichtigen, sei an dieser Stelle ganz besonders hingewiesen. Sie finden dort die allergrösste Auswahl und die niedrigsten Preise.

Konfirmanden-Anzüge 7.50 9.00 11.00 14.00 17.00 20.00 22.00 25.00 28.00 Mk. in schwarz und blau zu

Rüstringen Odeon Rüstringen
 Sonnabend den 24. Febr., abends 8.15 Uhr:
 Auf allgemeines Verlangen!
Die Dollar-Prinzessin
 Operette in 3 Akten von Leo Fall.
Heberall durchschlagender Erfolg!
 Billets in der Exped. d. Volksblattes.

Kaiser-Wilhelm-Saal.
 Wilhelmshaven, Ecke der Bismarck- und Alsterstraße.
 Heute, Sonnabend, den 24. Februar 1912:
Gr. öffentl. Rappen-Ball
 vom Schiessklub „Gut Schuss“.
 Wenn freundschaftlich einladet Das Komitee.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Rüstringen-Wilhelmshaven.
::: Einladung :::
 zu dem am Freitag, 23. Febr. in Sadewassers
 Tivoli stattfindenden
Winter-Vergnügen
 bestehend in Konzert, Theater und
 nachf. Ball. Zur Auführ. kommt
Der Schlafwagen-Kontrollleur
 gespielt von Mitgliedern des
 Wilhelm-Theaters.
 Entree für männliche Teilnehmer 30 Pf.,
 Damen frei, Tanzband 75 Pf.
Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.
 Freunde, Gönner können eingeführt werden.

Ecke Borsen- u. Schillerstr. **Edelweiß** Ecke Borsen- u. Schillerstr.
 Zu meinem am Freitag, Sonnabend u. Sonntag stattfindenden
Großen
Orig.-Bockbier-Rummel
 mit Saucerkraut und Kesseltwürstchen
 lade alle Freunde und Bekannten, die einen guten Humor
 beizugehen, freundschaftlich ein
Herm. Krimmling.

Heidelberger Fass.
 Heute und folgende Tage:
Großes Schlacht- u. Bockbier-Fest
 Empfehle H. Vint. u. Leberwurst, sowie Rippen und Weisfleisch mit Saucerkraut und Kartoffeln.
 Freunde und Bekannte ladet ich ein
Heinr. Placke.



Hennings Brot hat Renommee!
 durch seine Güte
 durch seinen Geschmack
 durch seine Wohlfeilheit
 durch sein delikates Aussehen
 Werftstr. 11 — Gökerstr. 13 — W'han. Str. 17
 — bei Ihrem Kaufmann. — Frei ins Haus.

Margoniners
Weisse Woche
 Vom 26. Febr. bis 4. März incl.
 Man beachte unsere morgen erscheinende
 Zeitungs-Beilage.
J. Margoniner & Co.
 Marktstrasse 34. Gökerstrasse 8.

Schützenhof, Rüstringen.
 Sonnabend den 24. und Sonntag den 25. Februar
 im großen Saale:
Großes Bockbierfest.
 Sonntag großer Rappenball.
 Um 10 Uhr Polonaise unter Vorantritt eines Ziegenbock-Gelpanns.
 Zu zahlreichem Besuche ladet freundschaftlich ein
K. Görrissen.

Achtung! Stadt Kiel. Achtung!
 Am Freitag den 23., Sonnabend den 24. und
 Sonntag den 25. Februar cr.:
Großes Schlachtfest.
 Musikalische Unterhaltung bis 1 Uhr nachts.
 Kalte und warme Küche bis 4 Uhr nachts. Ausschank von Bockbier.
 Spezialität: Bockwurst, Blut- u. Leberwurst,
 Weißfleisch — Gesein mit Sauerkraut. : :
 Es ladet zum Besuche freundschaftlich ein **Fritz Ecklund.**

VARIETES THEATER
ADLER
 Täglich:
JOBS
 lustige Bühne.
 Nur noch bis Sonnabend den
 25. Februar der tolle Schwanz
 in 3 Akten:
Sein Trif.
 Heute, Freitag:
Nichttrauerer-Wend!
 Willig abgegeben
Gut erhalten, Kinderwagen
 (Eig. Liegewagen)
 Peterstraße 26, 2. Et. rechts.

Bekanntmachung.
 Wir kaufen persönlich in Berlin, am 16. Februar aus einem Lombard-Verfah das große
Schuhwaren-Lager
2850 Paar
 eines Berliner Schuhhändlers. Es ist größtenteils neue moderne und zum Teil kaum ausgepackte Goodhaer- u. welt-Bare. Es besteht aus Herren-, Damen-, in Kindleder, Boxtal u. Chocreaux, schuhe und allen Schuhwaren, die in einem Schuhgeschäft vorkommen, Halbfelle, Kniefelle, schwere Jagdfelle, Arbeitsfelle usw. Dieses Lager ist so günstig eingekauft, daß eine solche Kaufgelegenheit für das Publikum sich in Wilhelmshaven wohl kaum wieder bieten wird, zumal die Ware neu und modern ist. Das Lager ist ausgepackt und der Verkauf beginnt heute Sonnabend 9 Uhr.
H. Hinrichs, Wilhelmsh. Str. 10 (beim Adler).

Eala frya Fresena
 Sonntag den 25. Febr.
 ab abends 6 1/2 Uhr:
Familien-Abend:
 im Restaurant E. Schäfer,
 Ecke Werft- und Bremer Straße.
 Der Vorstand.

Samariter-Kurlus
 Sonntag den 25. d. M.,
 nachmittags 2 Uhr
 findet die Schlußgibung statt.
 Die Gremialvorsitzende und
 Kartellbelegierten sind eingeladen.

Arbeiter-Verein Zeiel
 und Umgegend.
 Sonntag den 25. Febr.,
 nachm. 6 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
 in Bockhorn
 im Lokal des Biers Häbner.
 Das Erscheinen aller Mitglieder
 erwartet Der Vorstand.

Ginswarden.
Sozialdem. Wahlverein.
 Sonnabend, 24. Febr.,
 abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung
 im Vereinslokal.
 (Zivoll.)
 — Tages-Ordnung: —
 1. Bericht: Die Besetzung der
 letzten Reichstagswahlkreise und
 die politische Lage. Referent
 Genosse Fr. Krökel aus
 Rüstringen.
 2. Verschiedenes.
 Zu dieser wichtigen Versammlung
 wird vollständiges Erscheinen
 der Mitglieder erwartet.
 Der Vorstand.

Ortsrautenfasse
 für den
Wmtsbezirk Butjadingen
 Vom 26. Febr. bis 1. März
Gebung der Beiträge.
 Weffels, Rechnungsjahr.

Neubremser Ball-Saal.
 Heute Freitag:
 — Großer —

Bockbierball
 wozu freundschaftlich ein
Paul Öring.
 Zu kaufen gesucht
ein Milchgeschäft.
 Off. u. R. 2. 28 a. d. Exp. d. Bl.

Herren-Fahrrad
 umständlicher billig zu verkaufen.
 Wilhelmshavener Straße 33, 11 r.
Sauksagung.
 Allen denen, die unsrer teuren
 Entschlafenen das letzte Geleit zur
 Ruhe gaben, sowie für die zahl-
 reichen Kranzschleusen, hochschöne
 dem Bestattungslokal. Johnny für
 seine kostbaren Worte am Grab
 unsern aufrichtigsten Dank.
 S. J. Schmidt und Angehörige.

Parteinachrichten.

Ein deutscher proletarischer Frauentag

findet in diesem Jahre wieder statt und zwar am Sonntag, den 12. Mai 1912. Der Frauentag soll eine Demonstration für das allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht für die Frauen sein. Die Genossen und Genossinnen werden schon jetzt ersucht, eine unmasslose Agitation hierfür zu entfalten und ihre Vorbereitungen zu treffen. Insbesondere werden die Organisationsstellen gebeten, sich mit ihren Veranstaltungen so einzurichten, daß der 12. Mai freibleibend für die Demonstration der proletarischen Frauen. Die Demonstration wird wieder eine internationale sein. Schon jetzt steht fest, daß die Genossinnen in Oesterreich und anderen Ländern sich der Demonstration anschließen.

Amtsanwalts- und Redakteurschre. Als im Herbst v. Jz. Genosse Redakteur Dahl von der „Erfurter Tribune“ nach Verbüßung einer wegen Vorfällen erhaltenen Gefängnisstrafe wieder in die Freiheit zurückkehrte, wurde er von einem Arbeiter auf der Straße mit einem Dochrufe empfangen. Der Arbeiter erhielt eine Anklage wegen großen Unfugs und des Amtsanwalts erlaubte sich in der Begründung seines Straftrags die Bemerkung, es könne dahingestellt bleiben, ob es eines Staatsbürgers würdig sei, einem Menschen zuzujubeln, der eben aus dem Gefängnis entlassen sei.

Die „Erfener Arbeiterzeitung“ war empört über eine solche Bemerkung und beantwortete sie damit, daß sie schrieb: „Einem aus dem Gefängnis entlassenen Amtsanwalt zuzujubeln, würde allerdings in den meisten Fällen eines Staatsbürgers unwürdig sein.“ Die Folge war eine Anklage wegen Verleumdung des Erfurter Amtsanwalts Großmann. Vor der Erfener Strafkammer wurde festgestellt, daß Großmann feinerzeit die obenwähnte Äußerung wirklich getan hatte. Der angeklagte Redakteur Genosse Neumann betrieb sich deshalb auf § 193 Str. G. B. (Wahrung berechtigter Interessen), das Gericht verurteilte ihn aber unter Verurteilung des Schutzes des § 193 zu zweihundert Mark Geldstrafe.

Gewerkschaftliches.

Die Forderungen der Ruhrbergarbeiter. Nachdem der Bergarbeiterverband für das Ruhrgebiet die Lohnangelegenheiten der drei Bergarbeiterorganisationen mit den Bemerkungen abgelehnt, daß er in Lohnfragen nicht zuständig sei, sind unter dem 20. Februar den einzelnen Grubenverwaltungen folgende Forderungen unterbreitet worden:

1. Erhöhung der Durchschnittslöhne für alle Arbeiter um 15 Prozent und Verteilung der großen Lohnunterschiede für gleichartige Arbeiter.
2. Zur Arbeitslosenhilfe hat spätestens am 25. des laufenden, die Restloshilfe spätestens am 10. folgenden Monats zu erfolgen.
3. Unstündige Schichtzeit, sechsstündige Schichtzeit bei 22 Grad Celsius, sechsstündige Schichtzeit bei 25 Grad Celsius. Vorstehende Schichtzeiten verstehen sich inkl. Eins- und Ausfahrt.
4. Leber- und Lebensrisiken dürfen nur bei Unfällen, Betriebsstörungen oder Rettung von Menschenleben und Pferden versichert werden.
5. In den Kolonierwerbungen ist die unten übliche einmonatliche Kündigung einzuführen, den Wärlern volle Bewegungsfreiheit in Bezug auf Organisationszugehörigkeit, Warenaufkauf usw. zu garantieren. Ferner darf kein Zwang zur Haltung von Kostgängern ausgeübt werden.
6. Besatz einzusetzen, daß Aufzeichnungen der reichsgerichtlichen Kettungen für Knappschaftsbeamten, Witwen und Waisen seitens des Knappschaftsvereins auf die Knappschaftsleistungen nicht mehr stattfinden.
7. Umwandlung des bestehenden Arbeitsnachweises in einen parteilichen, Aufhebung des noch für Knappsozialen bestehenden Spezialnenns.
8. Einschränkung des Strafverfahrens; Strafen von über eine Mark bedürfen der Zustimmung des Arbeiterausschusses.
9. Errichtung eines parteilich zusammenzufassenden Schieds-

gerichts mit einem unparteiischen Vorsitzenden zur Schlichtung von Streitigkeiten.
10. Errichtung von Auswahlanstalten für alkoholfreie Getränke auf den Bergplätzen.

Die Bergarbeiter werden am Sonntag den 25. Febr. in großen Versammlungen zu der neuen Situation Stellung nehmen.

Aus dem Lande.
Erhöhung der Druckpreise.

In den letzten Tagen ist an sämtliche handelsgerichtliche eingetragenen Firmen des deutschen Reiches ein Rundschreiben des Deutschen Buchdruckervereins zur Versendung gekommen, welches sich mit der durch die eingetretene Lohn-erhöhung, Steigerung der Betriebskosten, Verkürzung der Arbeitszeit u. a. m. notwendig gewordenen Erhöhung der Preise für die Druckarbeiten befaßt. Die im Deutschen Buchdruckerverein vereinigten Buchdruckereien in der Provinz Hannover, im Herzogtum Braunschweig, im Großherzogtum Oldenburg und im Gebiete der freien Stadt Bremen haben gemeinsam ein Rundschreiben verfaßt mit folgendem Text:

An die verehr. Auftraggeber des Buchdruckgewerbes!
Ansehens der allgemeinen Preisverhältnisse konnten die Buchdruckerbetriebe nicht umhin, dem jetzt bei Ablauf einer fünfjährigen Tarifperiode von der Gehilfenschaft gestellten Antrage auf eine Lohnerböhung zu entsprechen und eine solche gemäß der örtlichen Verhältnisse in Höhe von 10 Prozent und mehr zu gewähren. Die noch hinzukommende Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde wöchentlich und die seit fünf Jahren, dem Zeitpunkt der letzten Tarifrevision, erfolgte Steigerung der sämtlichen Betriebskosten zwingen die Buchdruckerbetriebe, eine den dargelegten Verhältnissen entsprechende Erhöhung der Preise für Druckarbeiten die seit Jahren auf das Äußerste gedrückt sind, von jetzt ab eintreten zu lassen.

Alle Buchdruckerbetriebe im Deutschen Reich unterliegen dem gleichen Lohnstarke und sind dementsprechend alle in die gleiche Notwendigkeit versetzt, ihre Preise zu erhöhen. Wie in den übrigen Kreisen des Deutschen Buchdruckervereins, wenden sich auch die Buchdruckerbetriebe des Reiches I (Hannover, Braunschweig, Bremen, Oldenburg) an ihre Auftraggeber, indem sie bitten, die in mäßiger Weise vorzunehmende Preiserböhung als eine zwingende Notwendigkeit anzusehen und genehmigen zu wollen.

Dieses Rundschreiben ist für Ostpreußen von Leer aus an alle handelsgerichtliche eingetragenen Firmen im Bezirk der Handelskammer für Ostpreußen und Posenburg gelangt worden. Wir möchten darauf auch an dieser Stelle aufmerksam machen und die Bitten der Buchdruckerbetriebe an ihre Auftraggeber unterstützen, dahingehend, daß letztere die in mäßiger Weise vorzunehmende Preiserböhung als eine zwingende Notwendigkeit anzusehen und anerkennen wollen.

Unter den vielen Unterzeichnern des Rundschreibens he merken wir diejenigen von Buchdruckereien in Aurich, Vorkum, Dornum, Emden, Gens, Leer, Norden, Posenburg, Weener, Wilhelmshaven und Wittmund.

Ziel, 23. Februar.

Eine Parteiverammlung findet hier am kommenden Sonntag statt. Die interlokale Tagesordnung macht es jedem Parteigenossen zur Pflicht, zu erscheinen. Zur Reichstagswahl kommen wir hier 500 Wähler mußten; zu dieser Zahl steht die Stärke der Parteiorganisation in seinem richtigen Verhältnis und muß diese Differenz beseitigt werden.

Oldenburg, 23. Februar.

Der Les- und Diskutierabend des sozialdemokratischen Frauenvereins findet am Sonntag den 25. Februar, nachmittags 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Arndtstraße, statt.
Eine Landarbeiter-Versammlung findet am Sonntag den 25. Februar, nachm. 5 Uhr, in Spewege beim Wirt Klauen (vormals Bunjes) statt.

Traurige Folgen zog der Unfall nach sich, der kürzlich einem hiesigen Handwerker zuzief. Er hatte die Unvorsichtigkeit gehabt, bei der Arbeit seinen Trauring auf dem Finger zu tragen. Als hierbei seine Hand in eine Maschine geriet, blieb er mit dem Ring hängen. Dabei wurde ihm das Fleisch vom Knochen gezogen. Beim Heilungsprozeß stellte sich eine Eiterung ein, die die Hand so aufschwollen ließ, daß sie amputiert werden mußte. — Man sieht also, wie gefährlich es werden kann, bei der Arbeit den Trauring oder auch andere Ringe zu tragen.

Ein rabiatier Händler. Vor einigen Tagen kam zu einem Ehepaar in der Umgegend ein Händler, der der Frau Bestpfoster zu kaufen bot. Da die Frau dessen nicht benötigte, wies sie den Händler ab, der nunmehr zu standhalten anfing. Der Gemann eilte darauf aus der Küche herzu, und als der Händler noch nicht gehen wollte, griff er zu einem Besen und schlug damit auf den Fremden ein. Dieser entrieg seinen Widersacher den Besen, schlug nun seinerseits auf den Hausvater ein und ergriff, als es in der Raubarthaft lebendig wurde, die Flucht. Der in Kenntnis gesetzte Behörde gelang es, am nächsten Tage den Uebelthäter in Oldenburg festzunehmen.

Der Wahlverein hat für Sonntag den 25. Februar ein Langtränzen im Vereinshaus arrangiert, um dessen Besuch gebeten wird.

Zwischenakt, 23. Februar.

Wieder ist in Halle ein Urnenfriedhof bloßgelegt worden, und zwar auf einem im vorigen Herbst abgetragenen Grundstück des Hausmanns J. Hedemann. Beim Durchstöbern eines Erdhügels stieß man auf mehrere Urnen und Knochen. Zwei Urnen waren von außergewöhnlicher Größe und enthielten wohlbehaltene Knochen: Kopf, Glieder- und Wirbelknochen. Leider gingen die Behälter in Trümmer. Ueber der einen Urne fand man zwei kleinere lebend vor, die in unversehrtem Zustande geborgen werden konnten und ebenfalls Knochen- und Fischgräten enthielten. In nächster Nähe fand sich ein röhrenförmiger Gegenstand aus Bronze. Nach den Aussagen von Prof. Martin aus Oldenburg, der benachrichtigt worden war, und am Sonntag die Funde und die Fundstätte in Augenschein nahm, handelt es sich um Hingelgräber aus der Bronzezeit oder der Übergangszeit zur Eisenzzeit. Within dürften die Urnen auf ein Alter von 2000 bis 2200 Jahren zurückzuführen, also noch reichlich 500 Jahre älter sein, als die bei Hausmann Drener gefundenen. Beide Bestatter haben die Funde dem Großherzoglichen Museum überwiesen. Ein zweiter Hügel wird in dieser Woche im Weizen des Prof. Martin durchgegraben.

Delmenhorst, 23. Februar.

Der Betonbedeckungsfall, der sich am Schindischen Neubau im vorigen Sommer ereignete und bei dem ein Arbeiter Quetschungen erlitt, kam am Mittwoch vor der Strafkammer in Oldenburg zur Verhandlung. Der Zimmermann Scheffer und der Bauarbeiter Geese waren angeklagt, durch Fahrlässigkeit indirekt den Unfall herbeigeführt zu haben. Bei Geese beantragte der Staatsanwalt Freiwerdung, gegen Scheffer 150 Mark Geldstrafe, da er entwaldet habe, ohne zu fragen, und trotzdem er sehr wohl wußte, daß er vom Betonbau und den dabei üblichen Gefahren durchaus nicht verstand. Darin liegt eine Fahrlässigkeit. Das Gericht sprach aber beide Angeklagten frei. Geese, weil die Verhandlung überhaupt nichts Belastendes gegen ihn ergeben habe, Scheffer, weil in seinem Verhalten eine Fahrlässigkeit nicht liegt.

„Aber wie er auch seine Schritte beschleunigte, die jammernde Stimme klang hinter ihm her.“

Und als er bei den letzten Häusern war, hörte er sie noch.

„André! Gibst du von Antwort mehr? André!“

20. Kapitel.

Zu den Gerichtsaal fielen die Sonnenstrahlen und legten sich breit auf die strengen Miener der Richter. Die schüchtern sich verbieglig gegen den lichten Schein, und als sie ihn nicht abwehren konnten, mußte ein Diener die Vorhänge herunterlassen. Da waren die Sonnenstrahlen ausgegipert.

Nur einer drängte sich durch die Rinde und huschte über die Bänke. Er fand zwei schweißige Hände, und die waren ihm so vertraut, daß er sich lieblos an sie schmiegte. Die Hände öffneten und schlossen sich wieder, als wollten sie den zitternden Sonnenstrahl festhalten.

Der Mann, dem die Hände gehörten, freute sich über ihn. Er dachte, wie die Sonne wohl auf die Erdbodenfelder herunter scheint. Sie hatten heute gewiß gemäht, und auf allen Wiesen lag duftendes Gras. Sie konnten es bei der Wärme zu Mittag wenden und am Abend einfahren. Den Leuten draußen war die Sonne eine freundliche Gesterin.

Ein breiter Schatten fiel über den Boden, und der Sonnenstrahl war verflüchtigt.

Der Schaller sah auf. Da stand Bauftäter mitten im Saale und verneigte sich vor den Richtern.

„Der Pfarrer, Sie kennen den Angeklagten?“

„Ja.“

„Es wird behauptet, daß Sie ihm feind seien.“

„Ne? Warum sollte ich ihm feind sein?“

Der Verteidiger erhob sich.

„Sie haben doch heftig gegen ihn agitiert? Und Streit mit ihm gehabt?“

Bauftäter schüttelte den Kopf. Er verstand den scharfen Ton nicht.

„Ich habe Bedenken gegen ihn geäußert, wie es meine Pflicht war.“

Der Vorsitzende nickte ihm zu.

„Sie wollen sagen, daß Sie als Zeelforger an ihm Verfüchene ausgeübt hätten, aber daß Sie keine persönliche Feindschaft gegen ihn hegen?“

„Ja, das wollte ich sagen.“

„Dann schildern Sie uns, bitte, den Reumund des Angeklagten.“

Bauftäter redete. Mit Ruhe und ohne Leidenschaft. Er sagte, daß er allen Pfarrkindern ein offenes Herz entgegengebracht habe, daß er von jedem ursprünglich das Beste glauben wollte. Auch von Andreas Böhl. Nur mit Widerstreben habe er an diesem vieles bemerkt, was er als Seelenhirte rügen mußte. Verhöfje gegen die kirchlichen Vorschriften, Unstlichkeit im Hause, und manches, was Ärger- nis erregte.

Bauftäter sagte, daß er besser wollte, und es half nichts, daß er mit Milde eingeschritten sei, und man habe mit Robert geantwortet. Er und schilderte seine schmerzlichen Erfahrungen und die Gewalttätigkeit des Böhl.

Schaller hörte ihm zu. Es war immer das nämliche. Die Lüge so verstickt, so eingemengt in die Wahrheit, daß sie kein Mensch herausfinden konnte. Er hatte es versucht, er hatte gemeint, daß er das Gewebe zerreißten könne. Und es hatte ihn feiter eingeklemmt, je mehr er sich wehrte.

Jetzt war er müde. Er hörte zu, als würde von einem andern gesprochen. Die sanfte Stimme erkante gleichmäßig weiter und erhob sich erst gegen den Schluß.

Als Bauftäter sagte, daß der brave Mann in Erbach, der Vater von vier Kindern, von diesem rohen Menschen gemordet worden sei.

Es war stille im Gerichtssaal.

„Böhl, haben Sie etwas zu erinnern gegen diese Angeklagten?“

Der Schaller sah den Vorsitzenden an.

Ob er etwas zu sagen hätte gegen diese Lüge? Jedes Wort war falsch, von langer Zeit her ausgebracht, verdröh, zur Verdächtigung hergerichtet. Wo sollte er sie alle widerlegen mit ein paar Sätzen? Wo sollte er anfangen und wo enden? Und er sagte nur:

„Der ist schuld an allem.“

Die Richter sahen mißbilligend auf ihn herunter.

Es war doch wirklich häßlich, mit solchen Redensarten zu kommen!

Der Verteidiger trat vor.

„Man muß die Vorgeschichte kennen . . .“

„Das gehört nicht zur Sache!“ sagte der Vorsitzende.

„Das mit der Bürgermeistereiwahl, das hat mit der Lösung des Mieronig nichts zu tun.“

Der Schaller setzte sich wieder. Er wußte es ja! Es war heute wie immer. Sie hörten ihn nicht.

Der Morgen darauf versprach wieder schönes Wetter.

Die Baumgästel im Weblinger Wald waren schon vom Frühlicht beschienen. Da eilten die Leute mit der Arbeit. Solange der Tau auf den Gräsern liegt, ist gut mähen. Trockenes Gras macht die Senen stumpf. Und jeder schwang die Arme schneller und griff weiter aus im Schritt. Als die Sonne über dem Hügel stand, war das meiste gekehren.

Der Haberlschneider schulkerte die Senze und wartete auf den Bierger, der den Feldweg herunterkam.

„Das is wieder produktiv heunt!“

„Was is so weitergeht, bring' i de Woch' no mei Heu boom.“

Bis zum Feldweg gingen sie miteinander. Da blieb der Bierger stehen.

„Was sagst denn zum Schuller? Vier Jahre Gefängnis!“

„Das er nimmer rauskminnt, sag' i. Den hat er geliefert, unfer Herr Pfarrer!“

Der Haberlschneider setzte sich bei den Worten auf den Feldweg. Seine jüngste Tochter mußte bald kommen und den Morgenfrank bringen.

„Den hat er geliefert!“ wiederholte er.

Und er sah nach Erbach hinunter. Da lag das Dorf Haus neben Haus. Aus den Schornsteinen stiegen dünne Rauchfäden in die Luft. In den Ställen brüllte das Vieh; der Wind trug den Schall herauf.

Und jetzt flangen im gleichen Takte starke Sommer- schläge, Zimmerleute bauten an der Kirche ein hohes Gerüst.

Der alte Turm wurde abgebrochen und ein neuer errichtet.

Bekanntmachung.

Die Hebung der Einkommensteuer, Vermögensteuer und der Gemeindesteuern in der Stadt Rüstringen und der Umlegen der Abgaben...

Table with 2 columns: Name and Amount. Includes entries for A, C, D, E, F, G, H, I, K, L, M, N, O, P, R, Sch, S, T, U, V, W, X, Y, Z.

Am anderen, als an den für die bestimmten Tagen... Stadtmagistrat. Dr. Zuelten.

Bekanntmachung.

Die im Stadtbezirk Rüstringen wohnhaften Mithilspflichtigen der Jahrgänge 1890, 1891 und des Jahres 1892...

Die Abfertigung der Mithilpflichtigen findet vom 1. bis 7. März d. J. im Schulhofe statt...

1. Freitag den 1. März 1912, vormittags 8,45 Uhr... 2. Samstag den 2. März 1912, vormittags 8,45 Uhr... 3. Sonntag den 3. März 1912, vormittags 8,45 Uhr...

Stadtmagistrat.

Dr. Zuelten.

Schortens.

Bekanntmachung

Der Neubau des Erdbeerhauses mit Lieferung des erforderlichen Materials ist zu vergeben...

Neu-Abstellenhausen, 17. Februar 1912. Der Gemeindevorstand. G. Gerdes.

Prima Zückerfleisch

empfehlen Herm. Burmeister Ulmenstr. 25. Telefon-Nr. 359

Empfehle: Reine Naturweine, Spiritosen und Liköre, Zigarren und Zigaretten. Beste Ware. Billigste Preise. E. A. König i. V. M. Fritsch Peterstr. 29.

Frische hiesige Bier

per Litige 1.50 Mt. J. H. Cassens, Rüstringen, Peterstr. 42. - Schaar. Mietverträge bei Paul Hug & Co.

Präzisions-Anker-Uhr Seeandler. Bild einer Ankeruhr. Text: Vorzügliche Gang-Resultate. Allein-Vertrieb: Wilhelm Stettin, Uhrmacher, Bismarckstrasse, Ecke Bismarckplatz.

Wilhelm Harms :: Nordenham. Buchhandlung, Zigarren, Zigaretten u. Tabak. Filial-Expedition des Nordd. Volksblattes. Annahme von Drucksachen aller Art für Handel u. Privat unter Zusicherung prompter und sauberer Ausführung.

Wer bei FRITZ BOCK kauft. Nicht das Billigste, sondern das Beste zu mäßigen Preisen. Rüstringen, Peterstrasse 38.

Städt. Badeanstalt Rüstringen, Oldeogestrasse 12. Geöffnet wochentags von 8 bis 1 Uhr und von 3 bis 8 Uhr...

GELD können sich Herren jeden Standes verdienen, die gewillt sind, am Tage oder des Abends Privatunterricht zu besuchen...

Einsparungen.

Den Parteigenossen und Freunden

zur Kenntnis, daß ich zu jeder Zeit Befehlsungen auf Gratifikationsbilder, zu freien Stunden, Wahre Jakob und Nordd. Volkshaus entgegennehme.

F. Junghandel,

Lehr- und Wemmelgeschäft.

Zu verkaufen

schöne Pflanzenbohnen, sowie ein Sportwagen m. Gummir. Sieberth, Edo Wienenstr. 3a, p. l.

Marine-Molton

anerkannt vorzügliche Qualität 170 cm breit, Meter 4.50 Mark, empfiehlt

Martha Kappelhoff

Edt. Room- und Delikatessen.

Alle lieben

ein hartes, reines Gesicht, roßiges, jugendliches Aussehen u. schönen Teint, deshalb gebrauchen Sie die echte Steinkopfs-Silbermilch-Seife v. Bergmann & Co., Kadebeul...

Masten-Kostüme

für Herren billig zu verkaufen T. G. Harms, Güterstr. 47.

Jever.

Arb.-Abtl.-Berein Einigkeit

Einladung!

Der Verein feiert am Sonntag den 25. Februar im Vereinslokal bei H. Hinrichs (Waldhofstraße) sein vierzigjähriges

Wintervergnügen

Süßes Liebesvergnügen! II. a. um 10 Uhr:

Kappen = Polonaise!!

Um zahlreichen Besuch bitten H. Hinrichs, Das Komitez.

Restaurant Zur Stadt Rüstringen

Werksstraße 10. Sonntagabend u. Sonntag:

Gr. Bockbierfest

verbunden mit Musikunterhaltung u. Kappensport Wozu freundlichst einladet W. Hüffe.

Lohnlisten Dietrich Paul Hug & Co.

Kaufe jeden Posten gebrauchter Möbel auch nehme solche auf neue in Zahlung.

C. Heilmann

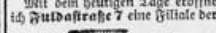
Wilhelmsh., Straße 80.

Volksküche Rüstringen

Sonnabend: Gelbe Erbsen mit Schweinefleisch.

Nordenham.

Mit dem heutigen Tage eröffne ich Fußstraße 7 eine Filiale der



Robtschlachterei

Paul Og.

Um geneigten Zuspruch bittet Wilh. Mehrens.

12 Visitenbilder, gl. nur 3.50

6 Cabinetbilder, gl. nur 6.00 in tadelloser Ausführung. Vergrößerungen billigst! Aufnahmen finden bei jeder Witterung statt.

Atelier Temler

Hauptgeschäft: Metzgerg. (jetzt: Mischelestr. 2). Filiale: Güterstr. 20, am Gamsen-Friedhof. - Täglich geöffnet - auch an Sonn- u. Feiertagen.

Gutes Herrenrad

Marke „Dartopp“ billig zu verkaufen. Grenzstraße 9 II.

Bilbig zu verkaufen

ein Reiterohr (engl.), Waschkommode mit Marmor u. Spiegel (engl.), ein Damentisch, sowie ein Herrenrad.

Arthur Timmen,

Rüstringen, Friederichstr. 23.

Starkes gutes Fahrrad

für 10 Mt., sowie selbstgemachte Bettfedern mit Watze billig zu verkaufen.

Alesterstr. 60, 4. Et., n. Bez.-Kom.

Heute Freitag von 5 Uhr ab

u. morgen Sonnabend nachm.

Schweinefleisch

per Pfd. 60 und 70 Pf. Rüste, Raffstr. 29, Eing. Torweg.

Zu vermieten

auf sofort oder später eine vier-räumige Wohnung in der Bremerstraße 59, Ede Wohnstr.

Schulmann, Hauswart, Ulmenstraße 30.

Zu vermieten

möbliertes Zimmer. Frau Wwe. Zuden, Wohnstr. 4.

Junger Mann sucht gut möbl. Zimmer, part. oder i. Eig., separat. Eingang, elektr. Licht, letzteres nicht beding., in der Nähe Rühlweg u. Schmidtstr. Off. mit Preisangabe um 9. L. 50, a. d. Exp. d. Bl.

Gesucht

zu Ostern oder Mal ein Schuhmacherlehrling für ein besseres Maßgeschäft auf dem Lande. Zu erfragen bei M. Christians, Ulmenstraße 25.

Gesucht

per 1. März d. J. oder später ein ordentliches Mädchen für den ganzen Tag.

Frau H. Sandfuß, Rüstringen, Wilhelmsh. Str. 55.

Gesucht

ein ordentliches Mädchen für die Vormittagsstunden! Wilhelmsh. Str. 2, 2. Et. I.

Gesucht für Wangerooze zum 1. Mai ein junges Mädchen, schlüßl. u. schlüßl. m. Familienanseh. Das. kann Schneiderin mit eltern. Ferner ein Zimmermädchen vom 15. Juni bis 16. September. Malermstr. Janßen, Wangerooze.

Gesucht

ein Jüngeres Mädchen für Hausarbeiten von 9-12 vorm. Rüste, Raffstr. 9 II.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Zahlstelle Oldenburg.

Einladung zum 9. Stiftungsfest

bestehend in Ball und Aufführungen am Sonntag den 25. Febr. in der Tonhalle zu Oldenburg

Anfang 5 Uhr nachm. Um zahlreichen Besuch bitten Der Vorstand.

„Elderado“, Ebkeriege

Am Sonntag, den 25. Februar 1912:

Schlachtfest.

Es ladet freundlich ein W. Ulich.

Restaurant Zur Nordseestation.

Neuenroden.

Sonnabend den 24. Februar:

Grosses Bockbier-Fest

Zum Auskanten gelangt la. Union-Bier. Für maßhaltige Unterhaltung ist bestens gesorgt. Es ladet freundlich ein Fritz Kesting.

Sonnabend den 24. Februar 1912:

Grob. Bockbier- u. Kappentest verb. m. Schlachtfest

Hierzu ladet freundlich ein Eduard Harms.

Restaurant Bürgerheim

Rüstringen, Raafstraße 6.

Sonnabend, 24. u. Sonntag, 25. Febr.

Grosses Bockbierfest

mit musikal. Unterhaltung, ff. Bockbier, Springpilsol. Mouturle. Wochentag mit Braut. Es ladet ergebenst ein F. Twele.

Konsum- u. Sparverein für Rüstringen u. Umg.

Eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht.

Sonnabend den 24. Febr., von 1/9 Uhr vorm. ab

Schweinefleisch-Verkauf

auf unserm Grundst. an der Wilhelmshavener Straße und in Sadebassers Fivolt an der Güterstraße. Der Vorstand.

Paul Hug & Co.

Buchdruckerei und Verlag.

An- und Abmeldescheine, Frachtbriefe, Mietsbücher, Mietsverträge, Quittungen, Rechnungen, Lehrverträge, Lehrzeugnisse, Vorchriften, Fremdenlisten, Lohnlisten, Haus-Ordnungen, Kostenanschläge, Plakate für den Privat- und Wirtschaftsgebrauch, Auszüge und Listen für Quartier- und Kostgänger.

Rüstringen, Peterstrasse 20/22.

Filiale: Ulmenstrasse 24.

fetter Speck,

fest geräuchert, per Pfund 65 Pf.

Dießige Schinken, bei Ganzen, per Pfund 100 Pf.

J. H. Cassens, Rüstringen, Peterstr. 42 und Schaar.

Norddeutsches Volksblatt

32. Oldenburgischer Landtag.

Sitzung am 22. Februar 1912.

Der Präsident teilt zunächst die Verlängerung des Landtags bis 8. März mit.

Der erste Punkt der Tagesordnung betrifft die **Veranlagung der Kriegsveteranen zur Einkommensteuer** und besetzt, daß den Veteranen von 1848, 1864, 1866 und 1870, wenn sie ein steuerpflichtiges Einkommen von weniger als 1800 Mark beziehen, von diesem Einkommen 300 Mark und wenn sie weniger als 1500 Mark beziehen, der Betrag von 500 Mark abgezogen ist. Der Gesetzentwurf wird angenommen.

Das Gesetz über das **Geldwesen**

Es ist an Stelle der 14 Gemeindecämaler vier staatliche Cämaler einzurichten und damit die Gemeindecämaler aufzuheben.

Abg. Dräger I: Der Ausfuß hat es für notwendig, daß außer den Cämälern in Oldenburg, Verel und Weale, sowie den Reichscämälern in Jever und Lönigen auch in Nürtingen und Delmenhorst solche errichtet werden, sowie ein solches in Cloppenburg zu errichten ist an Stelle des jetzt in Westa bestehenden Cämalers. Die Mittel dazu werden zur Verfügung gestellt.

Abg. Guntching hält die Verlegung des Cämalers von Westa nach Cloppenburg als eine glückliche Lösung. Daß in Lönigen eine größere Zahl von Häusern zu errichten ist in Westa, glaube er nicht; in Westa bestehen drei Brauereien, deshalb sei die Errichtung eines Cämalers in Westa nicht.

Abg. Kommissar A u h r t hat die Errichtung eines Cämalers in Nürtingen nicht für wirklich notwendig. Die hohe Cämaler in Nürtingen erklärt sich daraus, daß 1910 ein Revolutionsjahr war, die Durchschnittszahl der Cämaler wird aber so gering sein, daß für ein Cämaler kaum ein Bedürfnis besteht. In Delmenhorst liegen die Verhältnisse ebenso. Eine Notwendigkeit für die Errichtung von Cämälern kann die Regierung nicht anerkennen, sie muß die Errichtung vor allem davon abhängig machen, daß die betr. Gemeinden geeignete Räume zur Verfügung stellen.

Abg. T a n z e n: Stollmann: Nach der Vorlage verlieren die Cämaler, es sieht aber nicht so in der Vorlage, nach welchen Grundsätzen die Verträge von den Gemeinden übernommen werden sollen.

Abg. Kommissar A u h r t erklärt, daß den Gemeinden die Hausbesitzer Vorteile gegen entsprechende Entschädigung abgenommen werden sollen.

Abg. S u r: Wenn Nürtingen so groß wäre wie Westa, würde er kein Wort für Nürtingen reden. Wenn aber der Vertreter der Regierung sagt, für Nürtingen sei das Cämaler nicht notwendig, so sage er, um das beurteilen zu wollen, müsse man die Verhältnisse kennen. Nürtingen liege im Zeichen der Entwaldung und man bemühe sich, industrielle Anlagen heranzuziehen. Wenn gelogt ist, die Waldarbeiter prüfen ihre Wege, so möchte er doch darauf hinweisen, daß wenn man jetzt hat an der Wichtigkeit der Wege, müsse man sie vom unparteiischen Cämaler prüfen lassen. Nürtingen selbst unterteilt ein Cämaler von Seiten der Gemeinde. Es wäre doch ein Selbstbürgerrecht, jetzt in Nürtingen das Cämaler nicht einzuführen, dafür das bestehende Gemeindecämaler aufzugeben, um es dann in ein paar Jahren demnach einzurichten zu müssen. Der Fraktionsführer zwischen den Herren Abgeordneten aus dem Ministerium ist ein Mann, um die Mindermeinung, denn man sehen bei Seite, solche darüber, daß man die Entwaldung des Ausfußes annehme.

Abg. J o r d a n (Soz.): Ich habe den Eindruck, als wenn die Staatsregierung die Sachlage gar nicht überblickt, jedenfalls treffen die von der Regierung benannten Zahlen nicht das Richtige, weil der vorliegende Gesetzentwurf an Stelle der bisherigen vierjährigen Revision die zweijährige Revision setzt. Der Herr Regierungsvorredner hat besonders betont, daß die Kolonialpolitik zur Errichtung eines Cämalers in Delmenhorst nicht vorzuziehen sei. Ich möchte hier bemerken, daß die Gemeindecämaler in den verschiedenen Betrieben in Delmenhorst ein Recht auf die Vorkommnisse, ein Cämaler an Ort zu haben. Wenn die Staatsregierung von der im Gesetze vorgeschriebenen Möglichkeit, in bezug auf die Vollbeschäftigung eines staatlichen Cämalers nicht zu lassen will, dann hat sie die Pflicht, Rücksicht auf ein in der Entwaldung begriffenes Gemeindecämaler mit der Stadt Delmenhorst zu nehmen. Ich halte es für notwendig, die Staatsregierung über diese Sachlage nicht zur Begründung fähig zu machen, daß die Cämaler bei der Abwicklung allein im Betriebe der Nord. Holzammer in Delmenhorst, die mit über 2000 Gemeindecämaler, über 14 Tage beschäftigt sein wird. Der Herr Regierungsvorredner hat dann gesagt, die Stadt Delmenhorst müsse für den Fall der Errichtung eines Cämalers in Delmenhorst ein Kapital zur Verfügung stellen und die bestehenden Cämaler zu „geplanten“ Weisen zur Verfügung stellen. Das ist eine unannehmliche Sache, die der Stadt Delmenhorst zugewiesen wird, da sich durch nichts berechtigt und dessen Ende nicht abgesehen ist. Ich glaube hier erklären zu können, die Delmenhorster verzichten auf die Wohlthat der Staatsregierung, wenn man ihnen das bestehende Gemeindecämaler behält.

Abg. T a n z e n: Ich an, die bestehenden Einrichtungen der Gemeindecämaler bestehen zu lassen und dann in den Gemeinden Cämaler abzuhalten.

Regierungsrat K u s t r a t teilt mit, daß in ähnlicher Weise, wie Abg. Franke angeregt hat, von der Regierung vorgegangen werden soll.

Nach den mühseligen Abgängen entspinnt sich ein lebhaftes Redewort über die letzte Lage des Cämalers, ob in Westa, Cloppenburg oder Lönigen. Der Redemaler löst mehrfach große Heiterkeit aus.

Abg. T a n z e n: Stollmann: Wunderlich ist darüber, daß die Regierung nur die guten Eigenschaften der Gemeindecämaler gute sind, aber das nicht der Fall, so befindet sich unser ganzes Cämaler in Unordnung.

Die Errichtung der Cämaler nach den Vorstößen des Ausfußes wird beschlossen, und die dafür nötigen Mittel bewilligt.

Die **Rückereinführung** entbehren eines Schutzes bei event. Unfall in ihrer Tätigkeit. Die Regierung legt einen dahingehenden Gesetzentwurf vor, der analog der Unfallversicherungsgesetzgebung den betr. Versicherern eine Rente sichert. Der Gesetzentwurf wird angenommen.

Es folgt die Verhandlung über den Antrag **Feldbus** betr. **Abänderung des Einkommensteuergesetzes in bezug auf die Besteuerung der Genossenschaften.**

Der Ausschuss beantragt, das Gesetz dahin zu ändern, daß die Besteuerung der Genossenschaften aus dem Gesetz gestrichen wird. Ein Antrag des Abgeordneten **Tappenbed** will folgende Bestimmung in das Gesetz einfügen:

„An den Gemeindecämälern der eingetragenen Genossenschaften gebührt jedoch nicht, was die einzelnen Genossen infolge ihrer Zugehörigkeit zur Genossenschaft an Betriebsversicherungen, Er-

lohnungen oder Vorteilen irgend welcher Art in ihrem eigenen gewerblichen oder landwirtschaftlichen Betrieb erlangen.“

Abg. **Feldbus**: Der Zweck meines Antrages ist Ihnen aus der Rede vor Weisnaden bekannt. Es hat niemand daran gedacht, daß die Einkommensteuererhebung, daß die Einkommensteuer diese Behandlung erfahren würden. Es ist eine Vermutung in die Genossenschaften hineingetragen, die so schnell wie möglich beseitigt werden muß.

Abg. **Dräger II**: Im vorigen Jahre haben wir uns eingehend damit beschäftigt, und ich verleihe gar nicht, wie heute der Abg. Feldbus mit einem solchen Antrag kommen kann. Wie ich aus den Landtagsprotokollen sehe, ist im vorigen Jahre ein gleich lautender Antrag mit 26 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Der Antrag Feldbus ist durchaus mittelstandsfreundlich. Ich nehme an, daß er zu seinem Antrage durch die Stellungnahme des Regierungskommissars vom vorigen Jahre gekommen ist. Ich hoffe, daß der Herr Minister der gütlichen Freilassung der Einkommensteuer von der Besteuerung der Einkommensteuer, den er entgegensetzt. In bezug auf den Antrag einer neuen Steuerordnung die Einkommensteuer für die Zukunft ebenso zur Besteuerung herangezogen, wie es schon bei uns bis jetzt der Fall war. Dies ist eine gesunde Mittelstandsmaßnahme und durchaus gerecht. Im anderen Falle sieht man den kleinen Kaufmann zur Steuer heran, die Einkommensteuer wollen die dagegen gänzlich frei lassen.

Abg. **Tappenbed**: Ich wollte im wesentlichen auch das aussprechen, was Herr Dräger bereits gesagt hat. Wenn heute eine Mehrheit für die Freilassung der Einkommensteuer vorhanden ist, dann ist dies lediglich auf die Stellung des Regierungskommissars im Ausschuss und im Plenum zurückzuführen. Wenn die Einkommensteuer befreit werden, dann dürfen die Einkommensteuer nicht freibleiben. Ich will eine unterlebensfähige Behandlung, sondern nur gleiches Recht für alle. Jeder kleine Steuerzahler wird mit Steuern belastet, die Einkommensteuer dagegen sollen gänzlich von der Steuer frei bleiben. Dies ist nicht zu realisieren. Wenn bemerkt ist, das weitere, den Nachweis zu erbringen, daß es mittelstandsfreundlich ist, wenn der Antrag 1 angenommen wird.

Der jüngeren Behandlung der Einkommensteuern im Gegensatz zu den Einkommensteuern soll Herr Minister mit Anwendung von Formeln und juristischen Darlegungen Gewicht zu verleihen. Er erwidert den Antrag 2 anzunehmen.

Minister **Scheyer**: Der Abg. Dräger hat die direkte Frage an mich gestellt, wie ich mich zu dem Antrage stelle. Ich verweise darauf, daß nicht die Stellung des einzelnen Ministers maßgebend ist, sondern die der Staatsregierung. Diese nimmt grundsätzlich bei Initiativentwürfen der Ausschüsse oder einzelnen Abgeordneten erst dann Stellung, nachdem sich der Landtag damit beschäftigt hat und seine Stellung bekannt ist.

Ich hätte mich nicht erklären, daß ich als Minister für Handel und Gewerbe nicht verpflichtet fühle, für den Schutz und die Förderung von Handel und Gewerbe einzutreten.

Abg. **Dannemann**: Auch ich habe für den Antrag Feldbus gestimmt, jedoch ist durch den Antrag 1 das Gegenteil bewirkt, als was ich erreichen wollte. Wie lag daran, daß die Inhaber der Einkommensteuer der Einkommensteuern endlich befreit werden könnten, wenn man sich ein neues Mittel aus, indem die Einkommensteuern eine nicht gerechtfertigte Begünstigung zu teil werden lassen. Nach meiner Meinung müßten dieselben viel stärker zur Steuer herangezogen werden, als es gegenwärtig der Fall ist. Es ist tief bedauerlich, daß es in der Stadt Oldenburg schon so weit gekommen ist, daß aus den höchsten Beamtenkreisen sogar Mitglieder der Einkommensteuern vertreten sind. Hiergegen solle die Regierung Schritte unternehmen.

Abg. **Feldbus**: Wir ist es einzeln, welchen Antrag Sie annehmen, ich komme bei beiden auf meine Rechnung und berechne, was ich will. Wenn nun soviel von der gütlichen Behandlung der Einkommensteuer hier im Hause geredet wird, so hat doch noch niemand Zahlen genannt. Wären Sie mit darüber einverstanden, dann läßt sich darüber reden. Jetzt bin ich nicht von der Meinung, daß überleben.

Abg. **S u r** läßt sich, daß es nicht seine Schuld sei, wenn sich wieder ein Mittelstandsbedachte entspinne. Die Schuld trage Herr Dräger, der die Besteuerung der Einkommensteuer als eine soziale Maßnahme zu gunsten des Mittelstandes verlangt habe. Gegenüber den Arbeitern und allen denen, die aus des Lebens Not heraus einem Einkommen beitragen, sei das Verlangen im höchsten Grade unangenehm und ungesund. Die handwerkliche, hausgewerbliche, welche zu Tage treten, wenn man sich mit den Einkommensteuern u. landwirtschaftlichen Einkommensteuern einrichtet und den Einkommensteuern in den Städten andererseits einen Unterschied mache in der steuerlichen Behandlung, habe den Abg. Feldbus dazu geführt, die Befreiung der Einkommensteuer der Einkommensteuern überhaupt zu beantragen. Der Regierung konnte kein Vorwurf gemacht werden. Diese habe immer auf dem Standpunkt gehalten, die Einkommensteuern sollten nicht befreit werden. Auf den Antrag Feldbus, den sie bei der Steuererhebung zum Ausdruck brachte, ist sie durch die früheren Landtage gedrängt worden. Nebenbei ist man auch im Zentrum nicht immer über diese Frage sich einig gewesen. Der alte Minister sollte sich nicht dazu hergeben, daß dem Unrecht, die einen Einkommensteuern zu befreien und die anderen frei zu lassen. Juristische Spitzfindigkeit und Kavalierität sind die Mittel, um nachzuweisen, daß die Einkommensteuer der Einkommensteuern der Einkommensteuern auf den Standpunkt der politischen Macht stellen und dem Willen zur Macht nicht das Mandat des Rechts umhängen. Herr Dannemann ist am unerwartetsten als Mittelstandsbreiter aufgetreten und hat von der Schwächung der selbstständigen Kaufleute durch die Arbeiter-Einkommensteuern gesprochen. Daß diese den Kaufleuten Abbruch tun, ist richtig; aber die landlichen Einkommensteuer tun das auch. In viel höherem Maße beinträchtigen diese das Geschäft des Kaufmanns auf dem Lande, als es von den Arbeiter-Einkommensteuern in der Stadt geschieht. Es muß noch einmal festgestellt werden, daß die Einkommensteuern Einkommensteuern durch den Verkauf ihrer Produkte im freien Handelsverkehr über den Kreis ihrer Mitglieder hinaus.

Daß diese den Kaufleuten Abbruch tun, ist richtig; aber die landlichen Einkommensteuer tun das auch. In viel höherem Maße beinträchtigen diese das Geschäft des Kaufmanns auf dem Lande, als es von den Arbeiter-Einkommensteuern in der Stadt geschieht. Es muß noch einmal festgestellt werden, daß die Einkommensteuern Einkommensteuern durch den Verkauf ihrer Produkte im freien Handelsverkehr über den Kreis ihrer Mitglieder hinaus. Daß diese den Kaufleuten Abbruch tun, ist richtig; aber die landlichen Einkommensteuer tun das auch. In viel höherem Maße beinträchtigen diese das Geschäft des Kaufmanns auf dem Lande, als es von den Arbeiter-Einkommensteuern in der Stadt geschieht. Es muß noch einmal festgestellt werden, daß die Einkommensteuern Einkommensteuern durch den Verkauf ihrer Produkte im freien Handelsverkehr über den Kreis ihrer Mitglieder hinaus. Daß diese den Kaufleuten Abbruch tun, ist richtig; aber die landlichen Einkommensteuer tun das auch. In viel höherem Maße beinträchtigen diese das Geschäft des Kaufmanns auf dem Lande, als es von den Arbeiter-Einkommensteuern in der Stadt geschieht. Es muß noch einmal festgestellt werden, daß die Einkommensteuern Einkommensteuern durch den Verkauf ihrer Produkte im freien Handelsverkehr über den Kreis ihrer Mitglieder hinaus. Daß diese den Kaufleuten Abbruch tun, ist richtig; aber die landlichen Einkommensteuer tun das auch. In viel höherem Maße beinträchtigen diese das Geschäft des Kaufmanns auf dem Lande, als es von den Arbeiter-Einkommensteuern in der Stadt geschieht. Es muß noch einmal festgestellt werden, daß die Einkommensteuern Einkommensteuern durch den Verkauf ihrer Produkte im freien Handelsverkehr über den Kreis ihrer Mitglieder hinaus.

Abg. **Durshoff**: Die Kollegen Tappenbed und Dräger haben die Angelegenheit in zutreffender Weise behandelt. Ich kann deshalb diese Ausführungen nur unterzeichnen. Der seltsame Zug hat in auffallend scharfer Sprache sich zu der Regierung gehalten. Dies ist gegen keine sonstige Gesetzgebung und tadelnswürdig. Dies ist gegen keine sonstige Gesetzgebung und tadelnswürdig. Dies ist gegen keine sonstige Gesetzgebung und tadelnswürdig.

Abg. **Durshoff**: Die Kollegen Tappenbed und Dräger haben die Angelegenheit in zutreffender Weise behandelt. Ich kann deshalb diese Ausführungen nur unterzeichnen. Der seltsame Zug hat in auffallend scharfer Sprache sich zu der Regierung gehalten. Dies ist gegen keine sonstige Gesetzgebung und tadelnswürdig. Dies ist gegen keine sonstige Gesetzgebung und tadelnswürdig. Dies ist gegen keine sonstige Gesetzgebung und tadelnswürdig.

Abg. **T a n z e n**: Stollmann: Ich stimme für den Antrag Feldbus, wie ich es immer getan habe bei der Befreiung der

Besteuerung der Genossenschaften, weil ich eine Begünstigung des Mittelstandes überhaupt nicht in der Besteuerung der Einkommensteuern erblicken kann. Wenn Herr Minister ein Amendement zum Antrag 2 im Falle der Ablehnung des Antrages 1 macht, so ist das ein Amendement, das die Besteuerung der Einkommensteuern fallen lassen. Ich will mich bemühen, sie herauszuladen. Es muß endlich mit der Beurlaubung der Einkommensteuern aufgedeckt werden. Wenn im nächsten Jahre eine dementsprechende Revue zum Einkommensteuergesetz bestimmt in Aussicht steht, welche die Steuerfreiheit aller Einkommensteuern bringen soll, so liegt der Antrag Feldbus auf diesem Wege und werde ich für denselben stimmen.

Abg. **Dräger II**: Die ständigen Gründe des Abg. Durshoff für die Besteuerung der Einkommensteuern sind bereits von seinem Parteifreund Tappenbed widerlegt. Wir verlangen die Gleichberechtigung mit anderen Einkommensteuern, was aber der Antrag Tappenbed will, ist eine Ausnahmestimmung gegen die Einkommensteuern. Sie sprechen von Mittelstandsbesitz und denken nicht daran, daß die Einkommensteuern Mitglieder des Mittelstandes sind. Herr Durshoff hat mit dem Bescheid einer Sonderbesteuerung der Einkommensteuern gedroht; nun, wenn das Geschäftsfeld bei dem Abg. Durshoff so weit beunruhigt worden ist, ein Sondersteuer zu bestimmen, hat er das mit sich abzumachen. Es ist bezeichnend, daß man die städtischen Einkommensteuern befreit und die landwirtschaftlichen Steuerfreiheit läßt. Einmal vermögen man die Einkommensteuern mit den Einkommensteuern, nun man diesen befreit hat, will man die Besteuerung durch Steuern an Lichter erschaffen.

Die Abstimmung über die Anträge vor eine nennentliche. Mit 26 gegen 14 Stimmen wurde unter Ablehnung des Antrages 2 der Antrag auf Erziehung der Worte im § 1 des Einkommensteuergesetzes „eingetragene Genossenschaften“ angenommen.

Ein Antrag der **Wahlberechtigten** über die Wahlberechtigung der Arbeiter und Arbeiterinnen wurde ebenfalls angenommen. Die Wahlberechtigung der Arbeiter und Arbeiterinnen wurde ebenfalls angenommen. Die Wahlberechtigung der Arbeiter und Arbeiterinnen wurde ebenfalls angenommen.

Die Petition der **Gemeinde Tamme** um Wiedereinrichtung des Amtsgerichts Tamme wird einstimmig angenommen, bei nächster Gelegenheit der Abg. Guntching seinen Dank für das Entgegenkommen der Regierung auszusprechen, dem zugleich darauf hinweist, daß der Abg. Hat Dittmann in einer großen Redeversammlung erklärte, die Regierung werde so lange das Amtsgericht Tamme nicht wieder errichten, als der Abg. Guntching im Landtag ist.

Ueber die Petition des **Handwerks- und Gewerbetreibenden** betr. reichsgesetzliche Regelung des **Hilfsschlagwessens**, wird zur Tagesordnung übergegangen.

Eine interessante Debatte löste die **Petition von Frauenvereinen um Gewährung des Gemeindecämalerwahlrechts**.

Ein Teil des Ausschusses, die Abg. **Grades, Möller, Stenbock, Tannen-Rodentrich** und **Tannen-Stollmann** will den Frauen das passive Wahlrecht geben, während die Abg. **Behrens, Bull, Seemann** und **Schulz** den Frauen das volle Wahlrecht, gleich dem Mannes geben will.

Eine Minderheit der Abg. **Partong, Werding, von Friden** und **Dräger II** will überhaupt nichts von dem Frauenwahlrecht wissen und beantragt Übertragung zur Tagesordnung.

Abg. **Schulz** (Soz.) begründet in längeren Ausführungen die Berechtigung der Forderung der Frauen, das aktive und passive Wahlrecht zu erhalten. Wegen Raumangabe werden wir sie mangeln zum Ausdruck bringen.

Staatsminister **Scheyer**: Der Vorredner kann dem Frauenvereinen dankbar sein, daß er ihm Gelegenheit gegeben hat, so poetisch von Frauenrecht zu sprechen. Doch an die Petition hat sich der Redner nicht gehalten, weshalb es nötig ist, zu dieser zurückzukehren. Die Petition will einmal das Gemeindecämalerwahlrecht im vollen Umfang. Das geht zu weit, selbst auf die Gewerbe, vollständig zu sein, habe er das nicht bestritten. Dann aber wollen die Petenten nur den selbständigen Frauen das Wahlrecht geben; das ist ungesund, wenn schon die Frau das Wahlrecht haben soll, dann für alle Frauen, auch den verheirateten. Das gemüthliche Wirken der Frau erkenne er an; er halte es auch für wünschenswert, die Frau zu den öffentlichen Kreisen heranzuziehen, aber die Tätigkeit der Frau nahe liegen als in der Armenkommission, der Bauhilfsvereine usw. Bei der Revision der Gemeindeordnung diese Frage des Frauenwahlrechts zu prüfen, dazu sei die Regierung bereit. Die Erfahrung und die Geschichte lehrt, daß man auf allen Gebieten nur schrittweise vorgehen soll.

Abg. **Partong**: Es muß auffallen, daß ein Verein um das Frauenwahlrecht petitioniert, der sein Wirken auf sozialem Gebiet ausübt. Damit hat sich der Verein auf die politische Bahn begeben. Die treibende Kraft der Frauenwahlrechtsforderung liegt bei dem Frauenvereinsrat. Ein großer Teil Frauen ist gewungen, ihr Brot suchen zu gehen. Das ist eine unerwünschte Erscheinung, gibt es doch 1/2 Millionen erwerbsfähiger Frauen, die dem Mannern Konkurrenz machen. Aber die Tätigkeit der Frau nahe liegen als in der Armenkommission, der Bauhilfsvereine usw. Bei der Revision der Gemeindeordnung diese Frage des Frauenwahlrechts zu prüfen, dazu sei die Regierung bereit. Die Erfahrung und die Geschichte lehrt, daß man auf allen Gebieten nur schrittweise vorgehen soll.

Abg. **Durshoff**: Es handelt sich um die Erzielung allgemeiner Menschenrechte und deshalb ist die Frauenfrage keine Parteifrage, sondern eine Gerechtigkeitsfrage und eine Interessenfrage. Es ist ungesund, den Frauen das Wahlrecht zu verweigern. Der Vorredner gegen die Frauenforderung lautet: Ich bin nicht fähig, das Wahlrecht abzugeben. Diese Nichtachtung wird bitter empfunden. Die Gleichwertigkeit von Mann und Frau ist ein Grund für das Frauenwahlrecht. Es ist gesagt, die Frauen wollen im allgemeinen das Wahlrecht gar nicht. So mögen die alten Frauen sprechen, bringen Sie aber die jungen und die Frauen im Erwerbsleben. Seitens des Regierungsvorredners ist gesagt, die Männer tragen die Waffen, darum haben sie allein das Wahlrecht. Nüchtern ist eine Verbindung zwischen Wehrpflicht und Wahlrecht vorhanden. Abg. Dräger befragt Überhebungen bei der politischen Betätigung der Frau. Die Worte des Herrn Dräger ist gar zu schwarz, er (Redner) sehe lieber etwas rotsch. Die Gleichberechtigung vermag man auf die Dauer der Frau nicht dazusetzen. Dortin stimme er mit dem Minister überein: gibt man den Frauen ein Wahlrecht, dann können sie nicht nur den selbständigen.

Abg. **Feldbus**: Abg. Durshoff und Schulz, die bei der Frauenwahlrechtsfrage zusammengehen, werden dabei noch ihren Lohn bekommen. Wenn so viele Frauen dem Erwerbsleben nachgehen müssen, so ist es besser, daß man diesen die Wege ebnet,

